

QUARTALSBERICHT
1/2008
FRESENIUS MEDICAL CARE



Fresenius Medical Care

**Zwischenbericht nach IFRS
(gemäß § 315a HGB)**

31.03.2008

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Else-Kröner-Strasse 1
61346 Bad Homburg

Inhalt

<i>Zwischenlagebericht</i>	2
Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslagen	2
Chancen- und Risikobericht	20
Bericht zu Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung	21
<i>Konzernabschluss</i>	22
Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung	22
Konzernbilanz	23
Konzern-Kapitalflussrechnung	24
Eigenkapitalveränderungsrechnung	25
Anmerkungen zum Konzernabschluss	26
<i>Corporate Governance</i>	46
<i>Prüferische Durchsicht</i>	47
<i>Kontakte und Kalender</i>	48

Zwischenlagebericht

Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslagen

a) Finanz- und Ertragslage

Die folgende Darstellung und Analyse der operativen Ergebnisse der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und ihrer Tochtergesellschaften sollte in Verbindung mit dem ungeprüften Konzernabschluss der Gesellschaft und den zugehörigen Anmerkungen gelesen werden, die sich an anderer Stelle dieses Berichts befinden, sowie mit den im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 gemäß § 315a HGB nach IFRS aufgestellten enthaltenen Angaben und Erläuterungen.

Zukunftsbezogene Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsbezogene Aussagen. In diesem Bericht wird mit der Verwendung der Worte „erwartet“, „geht davon aus“, „beabsichtigt“, „plant“, „ist der Überzeugung“, „strebt an“, „schätzt“ und ähnlicher Ausdrücke beabsichtigt, zukunftsbezogene Aussagen kenntlich zu machen. Obwohl die Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die in solchen zukunftsbezogenen Aussagen widerspiegelten Erwartungen plausibel sind, unterliegen zukunftsbezogene Aussagen naturgemäß Risiken und Unsicherheiten, von denen viele nicht genau vorhergesagt werden können und einige möglicherweise überhaupt nicht vorhergesehen werden können. Diese zukunftsbezogenen Aussagen wurden auf der Grundlage von aktuellen Annahmen und Einschätzungen formuliert, die der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin als gesetzlichem Vertreter der Gesellschaft (im Folgenden „der Vorstand“) nach bestem Wissen getroffen hat. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken, Ungewissheiten, Annahmen und anderen Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse einschließlich der Finanzlage und der Profitabilität der Gesellschaft wesentlich von denjenigen abweichen oder negativer ausfallen als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Des Weiteren können sich in die Zukunft gerichtete Schätzungen und Voraussagen, die auf Gutachten oder Informationen Dritter basieren, als unrichtig herausstellen. Daher kann die Gesellschaft keine Zusicherungen hinsichtlich der zukünftigen Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten Meinungen oder hinsichtlich des tatsächlichen Eintretens der hier beschriebenen Entwicklungen machen. Auch sind zukünftige Ergebnisse der Gesellschaft, selbst wenn sie den hier dargestellten Erwartungen entsprechen sollten, nicht notwendigerweise indikativ für die Leistung der Gesellschaft in zukünftigen Geschäftsjahren.

Zu diesen Risiken, Ungewissheiten, Annahmen und anderen Faktoren gehören insbesondere:

- Änderungen in Erstattungen von staatlichen Stellen und privaten Versicherern für die Produkte und Dienstleistungen der Gesellschaft;
- Weitere Rückgänge in der Verabreichung von EPO oder der Erstattungsleistungen für EPO;
- die Abhängigkeit von staatlichen Erstattungszahlungen für Dialyseleistungen;
- das Ergebnis laufender staatlicher Ermittlungen;
- der Einfluss von privaten Versicherern und Managed Care-Organisationen sowie Gesundheitsreformen;
- Produkthaftungsrisiken und Patentrechtsstreitigkeiten;
- Risiken aus der Integration von Akquisitionen und die Abhängigkeit der Gesellschaft von weiteren Akquisitionen;
- die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen; und
- Änderungen im Verordnungsumfeld für Medikamente.
- die Einführung von Generika oder neuen Medikamenten, die mit pharmazeutischen Produkten der Gesellschaft konkurrieren; und
- sonstige Aussagen der Gesellschaft über die Erwartung, Überzeugung, zukünftigen Planungen und Strategien, angenommen Entwicklungen und sonstigen Themen, die keine historische Fakten darstellen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist darüber hinaus weiteren Risiken und Unsicherheiten ausgesetzt, die im Rahmen der veröffentlichten Berichte der Gesellschaft dargestellt sind. Veränderungen in jedem dieser Bereiche könnten dazu führen, dass die Ergebnisse wesentlich von den Ergebnissen abweichen, die sie oder andere vorhergesagt haben oder vorhersagen werden.

Die im Konzernabschluss dargestellte Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft wird durch die angewendeten Rechnungslegungsgrundsätze sowie durch die Annahmen und Schätzungen beeinflusst, die dem Konzernabschluss der Gesellschaft zu Grunde liegen. Die tatsächlich angewandten Rechnungslegungsgrundsätze, die Beurteilungen im Rahmen der Auswahl und Anwendung dieser Grundsätze sowie die Sensitivität der berichteten Ergebnisse in Bezug auf Änderungen in den Rechnungslegungsgrundsätzen, Annahmen und Schätzungen stellen Faktoren dar, in deren Kontext der vorliegende Konzernabschluss und die im Folgenden unter „Operative Entwicklung“ dargestellten Ausführungen zu betrachten sind. Für eine Diskussion der kritischen Rechnungslegungsgrundsätze siehe Kapitel „Anmerkungen zum Konzernabschluss – 2. Kritische Rechnungslegungsgrundsätze“ im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 gemäß § 315a HGB. .

Überblick

Das Geschäft der Gesellschaft besteht vorwiegend aus der Erbringung von Dialyседienstleistungen sowie der Produktion und dem Vertrieb von Produkten und Geräten für die Behandlung von Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz. In den USA führt die Gesellschaft zusätzlich klinische Labortests durch. Die Gesellschaft schätzt, dass die Bereitstellung von Dialyседienstleistungen und die Herstellung und der Vertrieb von Dialyseprodukten und -geräten einen weltweiten Markt von über 58 Mrd.US-\$ mit einem erwarteten jährlichen weltweiten Patientenzuwachs von 6% darstellt. Der Patientenzuwachs wird durch Faktoren wie die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung, ein steigendes Aufkommen von Diabetes und Bluthochdruck, welche häufig einem terminalen Nierenversagen vorangehen, Verbesserungen bei der Behandlungsqualität, durch die das Leben des Patienten verlängert wird, und die sich verbessernden Lebensstandards in den Entwicklungsländern, welche eine lebensrettende Dialysebehandlung ermöglichen, verursacht. Der Schlüssel zu kontinuierlichem Wachstum der Umsätze aus Dialyседienstleistungen ist die Fähigkeit der Gesellschaft, neue Patienten zur Steigerung der Anzahl der jährlich durchgeführten Behandlungen zu gewinnen. Daher geht die Gesellschaft davon aus, dass die Anzahl der jährlich durchgeführten Behandlungen ein aussagefähiger Indikator für kontinuierliches Umsatzwachstum und Erfolg ist. Zusätzlich beeinflussen das Erstattungsumfeld sowie das Umfeld für die Verordnung von Zusatzdienstleistungen das Geschäft der Gesellschaft erheblich. In der Vergangenheit erlebte die Gesellschaft im Allgemeinen stabile Erstattungen für Dialysebehandlungen, und sie erwartet diese auch in der Zukunft. Das beinhaltet den Ausgleich von ungünstigen Änderungen der Erstattungssätze in gewissen Ländern durch günstige Änderungen in anderen Ländern. Ein Großteil der Behandlungen wird von staatlichen Institutionen wie Medicare in den USA bezahlt. Als Konsequenz des Drucks zur Kostenreduzierung im Gesundheitswesen waren die Steigerungen der Erstattungssätze begrenzt. Die Fähigkeit der Gesellschaft, die Preise für ihre Dienstleistungen zu beeinflussen, ist beschränkt. Die Ertragskraft ist abhängig von der Fähigkeit der Gesellschaft, ansteigende Personal-, Medikamenten- und Verbrauchsmaterialkosten zu kontrollieren.

Das Centers for Medicare and Medicaid Services („CMS“) hat den Arzneimittelzuschlag für das Kalenderjahr 2008 um 0,69 US-\$ erhöht, so dass der Arzneimittelzuschlag nunmehr 15,5% des gesamten voraussichtlichen Erstattungssatzes je Behandlung beträgt. Anders als viele andere Medicare-Programme unterliegt der ESRD-Erstattungssatz keiner automatischen jährlichen Anpassung. Daher erfährt dieser Anteil des Erstattungssatzes keine jährliche Anpassung, wenn keine entsprechende Gesetzesänderung vorgenommen wird. Obwohl der amerikanische Kongress in den vergangenen fünf Jahren den Erstattungssatz jeweils um zwischen 1,6% und 2,4% erhöht hat, hat der Kongress bis heute noch kein Gesetz zur Aktualisierung des Erstattungssatzes für das Kalenderjahr 2008 verabschiedet. Das CMS hat die lohnindexbasierte Anpassung für Dialyseeinrichtungen dergestalt aktualisiert, dass diese sich nunmehr zu 25% aus einer alten – auf den statistischen Ballungsgebieten (MSA – metropolitan statistical area) beruhenden – Anpassung und zu 75% aus einer neuen – auf den statistischen Kerngebieten (CBSA – core-based statistical area) basierenden – Anpassung berechnet. Das CMS geht davon aus, dass es 2009 den Übergang von der MSA Definition auf die CBSA Definition abschließen wird, so dass die Zahlungen an Einrichtungen dann auf dem CBSA-Satz basieren werden.

Bestimmte andere Artikel und Dienstleistungen, die die Gesellschaft in ihren Dialysezentren bereitstellt bzw. erbringt, sind im Erstattungssatz nicht enthalten und werden von Medicare

separat erstattet. Zu den wesentlichen gehören Medikamente wie blutbildungsanregende Substanzen (erythropoietin-stimulating agents – „ESA“), Vitamin-D- und Eisen-Präparate, die mit 106% des vom Hersteller an das CMS gemeldeten Durchschnittsverkaufspreises erstattet werden. Produkte und Nebendienstleistungen für Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz, die ihre Dialysebehandlungen zu Hause durchführen, werden ebenfalls separat erstattet. Die Erstattungsstruktur hierfür ist mit dem Erstattungssatz für Behandlungen in Dialysezentren vergleichbar. Diese Erstattungsmethoden begrenzen die zulässigen abrechenbaren Beträge je Behandlung, führen aber zu planbaren Erlösen je Behandlung für die Gesellschaft.

Das CMS schätzt, dass diese Änderungen 2008 zu einer Steigerung der Medicare-Erstattungen an Dialyseeinrichtungen für Patienten mit terminalem Nierenversagen um 0,5% führen werden, wobei es je nach Größe und Standort der Kliniken zu Abweichungen hiervon kommen wird. Weiterhin schätzt das CMS, dass gewinnorientierte Einrichtungen 2008 eine Erhöhung von insgesamt 0,4% verzeichnen und gemeinnützige Kliniken 0,9% mehr erhalten werden. Die Gesellschaft schätzt, dass die Auswirkungen dieser Änderungen auf ihr operatives Geschäft den Berechnungen des CMS entsprechen.

Im März 2007 hat der Hersteller von Epogen und Aranesp auf Verlangen der FDA seinen Dosierungsanweisungen auf dem Verpackungsetikett eine schwarz gerahmte Sicherheitswarnung, die sogenannte „Blackbox‘ safety warning“, (die höchste Sicherheitswarnstufe der FDA) hinzugefügt. Im April 2007 hat die US-amerikanische National Kidney Foundation ihre Richtlinien zur Behandlung von Blutarmut abgeändert („K/DOQI“).

Im Juli 2007 gab das CMS eine Änderung der US-amerikanischen Überwachungsrichtlinie für Erythropoese-Stimulanzen („ESA“) bekannt, die zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist. Im Rahmen der Änderung verringert das CMS die maximale monatliche Gesamtdosis von 500.000 IU auf 400.000 IU für Epogen und von 1.500 µg auf 1.200 µg für Aranesp. Die Änderung behält die ursprüngliche Anforderung einer 25%igen Reduzierung der erstattbaren Epogen- oder Aranespdosis für Fälle, in denen der Hämoglobinwert eines Patienten für einen Zeitraum von unter drei monatlichen Fakturierungszyklen 13,0 g/dl übersteigt, bei. Zusätzlich wird die Erstattung nunmehr um 50% der gemeldeten Dosis gekürzt, wenn der Hämoglobinwert drei oder mehr Monate lang 13,0 g/dl übersteigt. Im November 2007 gab die FDA Änderungen in der Produktetikettierung für ESA bekannt. Unter anderem wurden damit die Dosierungsempfehlungen für Patienten mit Blutarmut und chronischem Nierenversagen dahingehend geändert, dass Ärzten explizit geraten wird, die Hämoglobinwerte innerhalb einer Bandbreite von 10 bis 12 g/dl zu halten. Zusätzlich wurden die Warnungen vor möglichen negativen Nebenwirkungen bei der Verabreichung von ESA zur Erzielung von höheren Hämoglobinwerten verschärft.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihre Abrechnungsrichtlinien für ESA den Richtlinien des CMS entsprechen. Die Gesellschaft hat ihren behandelnden Ärzten empfohlen, den Beipackzettel und die K/DOQI-Richtlinien zu lesen und zu verstehen, wenn sie Entscheidungen zur Behandlung von Blutarmut treffen.

Jede der folgenden Änderungen bezüglich ESA könnte sich negativ auf das Geschäft und das operative Ergebnis der Gesellschaft auswirken, möglicherweise in wesentlichem Umfang:

- zukünftige Änderungen in den Erstattungsmethoden und/oder -sätzen für ESA;

-
- Abdeckung von ESA durch den Medicare Erstattungssatz ohne eine entsprechende Erhöhung dieses Satzes;
 - Reduzierung der üblichen Dosis je Verabreichung;
 - Steigerungen der ESA-Kosten ohne entsprechende Erhöhungen des ESA-Erstattungssatzes; oder
 - Reduzierung der Überbefüllungsmenge in den ESA-Ampullen durch den ESA-Hersteller.

Im Februar 2008 hat Baxter Healthcare aufgrund von Berichten über negative Nebenwirkungen bei Patienten seine Natrium-Heparin Injektionsprodukte zurückgezogen und deren Herstellung eingestellt. Heparin ist ein weit verbreitetes und routinemäßig eingesetztes Blutverdünnungsmittel, das in der Behandlung von Dialysepatienten zur Verhinderung von lebensgefährlichen Thrombosen verwendet wird. Vor dem Rückruf hatte die FMCH einen Großteil ihres Heparinbedarfs von Baxter bezogen. In Reaktion auf den Rückruf hat die FMCH ihren gesamten Heparineinkauf auf den einzigen verbleibenden US-Hersteller von durch die FDA zugelassenem Heparin verlagert, was zu einer wesentlichen Steigerung der Kostender FMCH für dieses Produkt geführt hat. Eine weitere Verknappung oder Lieferunterbrechung von durch die FDA zugelassenem Heparin könnte sich wesentlich negativ auf das Geschäft, die Finanzlage und das operative Ergebnis der Gesellschaft auswirken.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist in drei operativen Segmenten organisiert: Nordamerika, International und Asien-Pazifik. Die Gesellschaft hat die operativen Segmente International und Asien-Pazifik für Berichtszwecke zum Segment „International“ zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erfolgte aufgrund der Ähnlichkeit der in den beiden Segmenten vorherrschenden wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ähnlichkeit bezieht sich unter anderem auf die erbrachten Dienstleistungen, die vertriebenen Produkte, die Art der Patientenstrukturen, die Vertriebsmethoden für Produkte und Dienstleistungen sowie das wirtschaftliche Umfeld. Die für die Rentabilität und den Cash Flow aller Bereiche eines Segments zuständigen Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin überwachen das Management des jeweiligen Segments. Die Rechnungslegungsgrundsätze der operativen Segmente sind die gleichen wie für die nach den in den USA allgemein anerkannten Grundsätzen der Rechnungslegung („U.S.-GAAP“) aufgestellten Konzernabschlüsse der Gesellschaft, die bei der Securities and Exchange Commission (SEC) eingereicht werden. Der Vorstand beurteilt die Segmente anhand einer Zielgröße, die so gewählt ist, dass sie alle Aufwendungen und Erträge beinhaltet, die im Entscheidungsbereich der Segmente liegen.

Bezüglich der Leistung der operativen Geschäftstätigkeit ist der Vorstand der Gesellschaft davon überzeugt, dass der dafür am besten geeignete Maßstab die operative Entwicklung ist, welche die Ertragskraft der Gesellschaft abbildet. Finanzierung ist eine zentrale Aufgabe, die nicht dem Einfluss der Segmente unterliegt, daher fließen Zinsaufwendungen für die Finanzierung nicht in die Zielgröße für ein Segment ein. Auch die Steueraufwendungen unterliegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht dem Einfluss der Segmente. Die Kosten der Zentralbereiche, die im Wesentlichen aus bestimmten Aufwendungen der Konzernzentrale in den Bereichen Rechnungswesen und Finanzen, Beratungsleistungen etc. bestehen, werden ebenfalls nicht berücksichtigt, da es sich nach Ansicht der Gesellschaft auch hier um Kosten handelt, die nicht der Kontrolle der einzelnen Segmente unterliegen. Daher werden diese Komponenten nicht in

die Analyse der Segmentergebnisse einbezogen, sondern separat in der folgenden Darstellung der operativen Entwicklung des Konzerns erläutert.

Operative Entwicklung

Die folgenden Tabellen fassen den finanziellen Erfolg und ausgewählte operative Entwicklungen der Gesellschaft nach wesentlichen Geschäftssegmenten für die angegebenen Zeiträume zusammen. Umsätze zwischen den Segmenten betreffen hauptsächlich den Verkauf von medizinischen Geräten und Verbrauchsmaterialien vom Segment International an das Segment Nordamerika. Die Informationen sind nach dem Managementansatz aufbereitet, d.h. in der gleichen Art und Weise und auf der gleichen Basis, mit der das Management intern finanzielle Informationen zur Unterstützung von operativen Entscheidungen und zur Beurteilung der Managementergebnisse verarbeitet.

Segmentdaten	US-GAAP		IFRS Anpassungen		IFRS	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
in Mio. €						
Umsatzerlöse						
Nordamerika	1.113	1.249				
International	575	538				
Gesamt	1.688	1.787	4	(1)	1.692	1.786
Umsätze zwischen den Segmenten						
Nordamerika	-	-				
International	12	16				
Gesamt	12	16	-	-	12	16
Umsatzerlöse mit Dritten						
Nordamerika	1.113	1.249				
International	563	522				
Gesamt	1.676	1.771	4	(1)	1.680	1.770
Abschreibungen						
Nordamerika	37	40				
International	27	25				
Zentralbereiche	1	-				
Gesamt	65	65	-	1	65	66
Operatives Ergebnis						
Nordamerika	182	197				
International	95	92				
Zentralbereiche	(18)	(11)				
Gesamt	259	278	3	4	262	282
Zinserträge	4	3			4	3
Zinsaufwendungen	(59)	(75)			(59)	(75)
Ertragsteuern	(76)	(79)	(2)	(3)	(78)	(82)
Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	(4)	(5)			(4)	(5)
Konzern-Jahresüberschuss	124	122	1	1	125	123

Der Vergleich des 1. Quartals 2008 mit dem 1. Quartal 2007 ist durch die Aufwertung des Euros gegenüber dem US-\$ stark verzerrt, da ca. 70 % des Umsatzes und des operativen Ergebnisses im US-\$-Raum generiert werden.

Konzernabschluss

Zentrale Indikatoren für den Konzernabschluss

	1. Quartal, 2008	1. Quartal, 2007	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	6.723.779	6.410.352	5%	
Organisches Behandlungswachstum in %	3,9%	4,0%		
Umsatz in Mio. €	1.680	1.770	-5%	5%
Bruttoergebnis in % vom Umsatz	34,1%	34,0%		
Vertriebs- und allgemeine Verwaltungskosten in % vom Umsatz	17,8%	17,5%		
Quartalsergebnis in Mio. €	125	123	1%	11%

Die Gesellschaft erbrachte 6.723.779 Behandlungen im 1. Quartal 2008, ein Anstieg um 5% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007. Hierzu trugen das organische Behandlungswachstum 4% und Akquisitionen 1% bei.

Am 31. März 2008 besaß, betrieb oder leitete die Gesellschaft (ohne von der Gesellschaft geleitete, jedoch nicht konsolidierte Kliniken in den USA) 2.297 Kliniken im Vergleich zu 2.194 am 31. März 2007. Im 1. Quartal 2008 übernahm die Gesellschaft 20 Kliniken, eröffnete 44 Kliniken und schloss oder verkaufte 5 Kliniken. Die Anzahl der behandelten Patienten in Kliniken, die die Gesellschaft besitzt, betreibt oder leitet (ohne von der Gesellschaft geleitete, nicht konsolidierte Kliniken in den USA), stieg um 5% von 169.216 am 31. März 2007 auf 177.059 am 31. März 2008. Einschließlich der 32 Kliniken, die die Gesellschaft in den USA leitet aber nicht konsolidiert, betrug die Gesamtanzahl der Patienten 178.771.

Die Umsätze im 1. Quartal 2008 sanken gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2007 um 5% aufgrund der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-\$. Zu konstanten Wechselkursen stiegen die Umsätze um 5%, aufgrund des Umsatzwachstums zu konstanten Wechselkursen sowohl bei Dialyседienstleistungen als auch bei Dialyseprodukten.

Der Umsatz aus Dialyседienstleistungen sank im 1. Quartal 2008 um 8% auf 1.235 Mio. € (Anstieg um 3% zu konstanten Wechselkursen). Der Anstieg zu konstanten Wechselkursen ist hauptsächlich zurückzuführen auf das organische Behandlungswachstum (4%) und Akquisitionen (1%), teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%) und geringere Erlöse je Behandlung (1%).

Der Umsatz aus Dialyseprodukten stieg im gleichen Zeitraum um 4% auf 445 Mio. € (10 % zu konstanten Wechselkursen) hauptsächlich verursacht durch den stärkeren Absatz von Hämodialysegeräten, Dialysatoren, Konzentraten und Produkten für die Peritonealdialyse sowie durch gestiegene Umsätze mit dem Phosphat-Binder PhosLo®.

Die Verbesserung der Bruttoergebnismarge basierte, bei einer Betrachtung zu konstanten Wechselkursen, hauptsächlich auf verbesserten Bruttoergebnissen in Nordamerika, die sich aus gestiegenen Umsätzen mit privaten Versicherern (die im Allgemeinen höhere Erstattungsätze

zahlen als staatliche Versicherer wie Medicare und Medicaid) und geringeren Personalkosten ergaben. Diese Effekte wurden teilweise ausgeglichen durch einen Rückgang der Verabreichung von EPO und geringere Erstattungssätze für EPO sowie im Segment International durch aufgrund des starken Euro gestiegene Kosten für aus Europa bezogene Produkte.

Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten sanken auf 299 Mio. € im 1. Quartal 2008 von 309 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007. Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent vom Umsatz stiegen auf 17,8% im 1. Quartal 2008 von 17,5% im gleichen Zeitraum 2007. Dieser gestiegene Prozentsatz war auf höhere Kosten der Zentralbereiche zurückzuführen, hauptsächlich im Zusammenhang mit unter den Kosten der Zentralbereiche ausgewiesenen Aufwendungen der Renal Solutions Inc., Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Patentrechtsstreitigkeiten und Personalaufwand aus Aktienoptionen. Des Weiteren enthalten die Vertriebs- und allgemeinen Verwaltungskosten einen Gewinn aus der Veräußerung eines Minderheitenanteils an den Kliniken der Gesellschaft im US-Bundesstaat Arizona sowie einen Gewinn aus der Veräußerung des Minderheitsanteils der Gesellschaft an einer Einrichtung in Italien. Diese Gewinne wurden teilweise durch Fremdwährungsverluste ausgeglichen. Die Aufwendungen für Forderungsverluste betragen im 1. Quartal 2008 32,8 Mio. € gegenüber 37,1 Mio. € in 2007, entsprechend 2,0% vom Umsatz im 1. Quartal 2008 und 2,1% im Vergleichszeitraum 2007.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten erhöhten sich im 1. Quartal 2008 auf 13 Mio. € von 10 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007, hauptsächlich aufgrund zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungsprogramme im Zusammenhang mit Feldversuchen neuer Produkte sowie Projekten im Bereich der Hemodialyse.

Das operative Ergebnis sank auf 262 Mio. € im 1. Quartal 2008 von 282 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007. In Prozent vom Umsatz („operative Marge“) sank es von 15,9% im 1. Quartal 2007 auf 15,6% im gleichen Zeitraum 2008. Der prozentuale Rückgang resultiert aus der oben angeführten Steigerung der Vertriebs- und allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent vom Umsatz sowie den höheren Forschungs- und Entwicklungskosten, teilweise ausgeglichen durch die vorstehend beschriebene Erhöhung der Bruttogewinnspanne.

Der Zinsaufwand verringerte sich um 28% von 75 Mio. € für das 1. Quartal 2007 auf 59 Mio. € für das 1. Quartal 2008, hauptsächlich aufgrund gesunkener Zinssätze und der Umrechnung der Zinsaufwendungen für in US-Dollar aufgenommene Finanzverbindlichkeiten bedingt durch die Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro.

Die Ertragssteuern sanken auf 78 Mio. € im 1. Quartal 2008 von 82 Mio. € für das 1. Quartal 2007. Der effektive Steuersatz für das 1. Quartal 2008 betrug 38%, verglichen mit 39% für den gleichen Zeitraum 2007.

Das Quartalsergebnis für das 1. Quartal 2008 stieg auf 125 Mio. € von 123 Mio. € für den gleichen Zeitraum 2007. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Auswirkungen der oben angeführten Ursachen zurückzuführen.

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31. März 2008 62.504 Mitarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitkräfte) im Vergleich zu 61.406 zum 31. Dezember 2007. Dies entspricht einer Zunahme von 2 %, die im Wesentlichen auf das allgemeine Wachstum des Geschäfts der Gesellschaft zurückzuführen ist.

Wesentliche Ergebnisanpassungen zwischen US-GAAP und IFRS

Umsatzerlöse

Der Anstieg der Anpassungen zwischen US-GAAP und IFRS im Umsatz von 0,3 Mio. € auf 4,3 Mio. € ist auf den Verkauf von Versicherungsverträgen an Rückversicherer zurückzuführen, der nach IFRS im Gegensatz zu US-GAAP im Umsatz ausgewiesen wird.

Operatives Ergebnis

Die wesentlichen Unterschiede zwischen IFRS und US-GAAP resultieren aus der unterschiedlichen Bilanzierung der Gewinne aus Sale and Leaseback-Transaktionen, die eine Operating-Lease Vereinbarung beinhalten, sowie der unterschiedlichen Behandlung der versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste für Pensionen.

In 2008 beliefen sich die Anpassungen zwischen US-GAAP und IFRS im operativen Ergebnis auf 3 Mio. €, in 2007 betragen sie 4 Mio. €. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die unterschiedliche Bilanzierung der Gewinne aus Sale and Leaseback-Transaktionen, die eine Operating-Lease Vereinbarung beinhalten, zurückzuführen.

Die folgenden Erörterungen beziehen sich auf die operativen Segmente der Gesellschaft und auf die Zielgrößen, welche die Gesellschaft zur Führung dieser Segmente zugrunde legt.

Segment Nordamerika

Zentrale Indikatoren für das Segment Nordamerika

	1. Quartal, 2008	1. Quartal, 2007	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	4.647.996	4.481.077	4%	
Organisches Behandlungswachstum in %	2,7%	2,8%		
Umsatz in Mio. €	1.113	1.249	-11%	2%
Abschreibungen in Mio. €	37	41	-9%	5%
Operatives Ergebnis in Mio. €	182	197	-8%	5%
Operative Marge in %	16,4%	15,8%		

Umsatzerlöse

Die Behandlungen stiegen im 1. Quartal 2008 um 4% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2007, hauptsächlich aufgrund des organischen Behandlungswachstums (3%) sowie Akquisitionen (1%). Zum 31. März 2008 wurden 122.691 Patienten (3% mehr als im Vorjahr) in den 1.640 Kliniken behandelt, die die Gesellschaft im Segment Nordamerika besitzt oder betreibt, verglichen mit 118.732 behandelten Patienten in 1.574 Kliniken zum 31. März 2007. Der Durchschnittserlös je Behandlung verringerte sich zu konstanten Wechselkursen von 248 € im 1. Quartal 2007 auf 246 € im 1. Quartal 2008. In den USA sank der Durchschnittserlös je Behandlung zu konstanten Wechselkursen von 251 € im 1. Quartal 2007 auf 249 € im 1. Quartal 2008. Die Verringerung des Erlössatzes je Behandlung zu konstanten Wechselkursen beruht hauptsächlich auf einem Rückgang der Verabreichung von EPO und geringeren Erstattungssätzen für EPO, teilweise ausgeglichen durch verbesserte Sätze aus Verträgen mit privaten Versicherern.

Der Umsatz des Segments Nordamerika sank (stieg zu konstanten Wechselkursen) im 1. Quartal 2008 aufgrund eines Rückgangs der Umsätze im Geschäftszweig Dialyседienstleistungen um 12% auf 998 Mio. € (Anstieg um 1% zu konstanten Wechselkursen) von 1.132 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007 und der Umsätze mit Dialyseprodukten um 2% auf 115 Mio. € (Anstieg um 12% zu konstanten Wechselkursen) von 117 Mio. € im 1. Quartal 2007.

Der Anstieg der Umsätze aus Dialyседienstleistungen zu konstanten Wechselkursen ergab sich aus einem organischen Behandlungswachstum (3%) und Akquisitionen (1%), teilweise ausgeglichen durch eine Verringerung des Erlöses je Behandlung (1% zu konstanten Wechselkursen). Des Weiteren wurde das 1. Quartal 2008 negativ beeinflusst (2%), da das 1. Quartal 2007 Umsätze aus dem Perfusionsgeschäft der Gesellschaft enthielt, das im 2. Quartal 2007 veräußert wurde. Die Verabreichung von EPO betrug im 1. Quartal 2008 bzw. im 1. Quartal 2007 ca. 19% bzw. 24% der Gesamtumsätze aus Dialyседienstleistungen im Segment Nordamerika.

Die Erhöhung der Produktumsätze zu konstanten Wechselkursen wurde hauptsächlich verursacht durch ein stärkeres Absatzvolumen bei Konzentraten, Dialysatoren, Produkten für die Peritonealdialyse und Geräten sowie durch höhere Umsätze mit dem Phosphat-Binder PhosLo®, die sich sowohl aus einem verbesserten Absatzvolumen als auch aus gestiegenen Preisen ergaben.

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis sank um 8 % auf 182 Mio. € (stieg um 5% zu konstanten Wechselkursen) im 1. Quartal 2008 von 197 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007. Die operative Marge verbesserte sich auf 16,4% im 1. Quartal 2008 von 15,8% im gleichen Zeitraum 2007. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus, bei Betrachtung zu konstanten Wechselkursen, geringeren Kosten je Behandlung, einem höheren Produktabsatzvolumen und einem Gewinn aus der Veräußerung eines Minderheitenanteils an den Kliniken der Gesellschaft im US-Bundesstaat Arizona, teilweise ausgeglichen durch einen geringeren Erlös je Behandlung aufgrund eines Rückgangs der Verabreichung von EPO und geringerer Erstattungssätze für EPO. Die Kosten je Behandlung verringerten sich um 13% (zu konstanten Wechselkursen um 0.3%) von 207 € im 1. Quartal 2007 auf 181 € im 1. Quartal 2008.

Segment International

Zentrale Indikatoren für das Segment International

	1. Quartal, 2008	1. Quartal, 2007	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	2.075.783	1.929.275	8%	
Organisches Behandlungswachstum in %	7,1%	6,3%		
Umsatz in Mio. €	563	522	8%	10%
Abschreibungen in Mio. €	27	24	12%	13%
Operatives Ergebnis in Mio. €	95	92	4%	5%
Operative Marge in %	17,0%	17,6%		

Umsatzerlöse

Die Behandlungen stiegen im 1. Quartal 2008 um 8% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2007, hauptsächlich aufgrund des organischen Behandlungswachstums (7%) und Akquisitionen (2%), teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%). Zum 31. März 2008 wurden 54.368 Patienten (8% mehr als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) in den 657 Kliniken behandelt, die die Gesellschaft im Segment International besitzt, betreibt oder leitet, verglichen mit 50.484 behandelten Patienten in 620 Kliniken zum 31. März 2007.

Der Durchschnittserlös je Behandlung stieg auf 112 € (115 € zu konstanten Wechselkursen) von 110 € was im Wesentlichen eine Folge von gestiegenen Erstattungssätzen und Änderungen im Ländermix (5 €) war. Gegenläufig wirkte sich die Stärkung des Euros gegenüber den lokalen Währungen aus.

Der Umsatzanstieg des Segments International für das 1. Quartal 2008 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum resultierte aus Erhöhungen der Umsätze sowohl bei Dialyседienstleistungen als auch bei Dialyseprodukten. Das organische Behandlungswachstum im Quartal betrug 10% und etwa 1% ergaben sich aus Akquisitionen, teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%) sowie durch Währungsumrechnungseffekte (2%).

Einschließlich der Akquisitionseffekte nahm der Umsatz in der Region Europa um 10% (11% zu konstanten Wechselkursen) und in der Region Lateinamerika um 12% (14% zu konstanten Wechselkursen) zu. In der Region Asien-Pazifik sank der Umsatz um 2% (stieg um 6% zu konstanten Wechselkursen).

Der Gesamtumsatz aus Dialyседienstleistungen für das Segment International stieg im Verlauf des 1. Quartals 2008 um 10% (13% zu konstanten Wechselkursen) auf 233 Mio. € von 211 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007. Diese Zunahme ist eine Folge des organischen Behandlungswachstums von 7% und eines Zuwachses aufgrund von Akquisitionen von 1%, teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%). Ein Anstieg des Erlöses je Behandlung trug 6 % bei. Währungsumrechnungseffekte wirkten sich mit ungefähr 3% gegenläufig aus.

Der Gesamtumsatz aus dem Vertrieb von Dialyseprodukten stieg im 1. Quartal 2008 um 6% (9% zu konstanten Wechselkursen) auf 330 Mio. €. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf höhere Absatzzahlen bei Dialysatoren und Geräten zurückzuführen.

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis verbesserte sich um 4% auf 95 Mio. €. Dazu haben hauptsächlich der Anstieg von Behandlungsvolumen, Erlös je Behandlung und Produktabsatzvolumen beigetragen. Die Bruttogewinnspanne verringerte sich um etwa 1%, hauptsächlich verursacht durch die aufgrund des starken Euros gestiegenen Kosten für aus Europa bezogene Produkte und ein höheres Wachstum im Dialyседienstleistungsgeschäft durch eine größere Anzahl an neu eröffneten Kliniken, von denen viele noch nicht voll ausgelastet sind. Diese Effekte wurden teilweise ausgeglichen durch einen Gewinn aus der Veräußerung des Minderheitsanteils der Gesellschaft an einer Einrichtung in Italien.

Liquidität und Mittelherkunft

Liquidität

Die Gesellschaft benötigt Liquidität vornehmlich zur Akquisition und Entwicklung von eigenständigen Dialysezentren, zum Erwerb von Grundstücken für neue Dialysezentren und Produktionsstätten sowie zur Anschaffung von Ausrüstung für bestehende oder neue Dialysezentren und Produktionsstätten, zur Finanzierung des Nettoumlaufvermögens und zur Rückzahlung von Finanzverbindlichkeiten. Zum 31. März 2008 hatte die Gesellschaft liquide Mittel von 139 Mio. €. Das Verhältnis von Umlaufvermögen zu kurzfristigen Verbindlichkeiten betrug 1,3. Das Nettoumlaufvermögen betrug 531 Mio. €, ein Anstieg gegenüber 333 Mio. € am 31. Dezember 2007. Der Anstieg war hauptsächlich zurückzuführen auf den Anstieg der Forderungs- und Vorratsbestände, teilweise ausgeglichen durch eine Erhöhung der kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Wesentliche Quellen der Liquidität waren in der Vergangenheit Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit, aus kurzfristigen Krediten und aus langfristigen Darlehen sowohl von Dritten als auch von verbundenen Unternehmen sowie aus der Ausgabe von Aktien und Anleihen sowie genussscheinähnlichen Wertpapieren („Trust Preferred Securities“). Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden beeinflusst durch die Rentabilität des Geschäfts der Gesellschaft und durch die Entwicklung ihres Nettoumlaufvermögens, insbesondere des Forderungsbestands. Die Rentabilität des Geschäfts der Gesellschaft hängt wesentlich von den Erstattungssätzen ab. Etwa 73% der Umsätze der Gesellschaft entfallen auf Dialysebehandlungen, wobei ein erheblicher Anteil entweder von staatlichen Gesundheitsorganisationen oder von privaten Versicherungsgesellschaften erstattet wird. Im 1. Quartal 2008 resultierten etwa 36% des Konzernumsatzes aus den Erstattungen von staatlichen US-Gesundheitsprogrammen wie Medicare und Medicaid. Gesetzesänderungen können alle Medicare-Erstattungssätze für die von der Gesellschaft erbrachten Dienstleistungen wie auch den Umfang der Medicare-Leistungen betreffen. Eine Senkung der Erstattungssätze könnte wesentliche negative Auswirkungen auf das Geschäft, die Finanzlage und das operative Ergebnis der Gesellschaft haben und damit auf die Fähigkeit der Gesellschaft,

Zahlungsmittelzuflüsse zu erzeugen. Der obige Abschnitt „Überblick“ enthält eine Darstellung von neuen Änderungen in Medicare-Erstattungssätzen. Des Weiteren hängen die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit von der Einziehung der Forderungen ab. Die Gesellschaft könnte bei der Durchsetzung und Einziehung der Forderungen auf Schwierigkeiten mit den Rechtssystemen einiger Länder stoßen. Einige Kunden und staatliche Einrichtungen können längere Zahlungszyklen haben. Sollte sich der Zahlungszyklus verlängern, könnte dies einen wesentlichen negativen Effekt auf die Fähigkeit der Gesellschaft zur Generierung von Mittelzuflüssen haben.

Der Forderungsbestand zum 31. März 2008 bzw. 31. Dezember 2007 entsprach nach Wertberichtigungen etwa 76 bzw. 73 Nettotagesumsätzen. Der Anstieg im Segment Nordamerika ist zurückzuführen auf eine Ausweitung des Tendergeschäfts, bei dem dialyserelevante Produkte und Dienstleistungen ausgeschrieben werden, wobei diese Ausschreibungen für einen bestimmten Zeitraum gelten, sowie den Zeitpunkt von Medicaid-Zahlungen in bestimmten US-Bundesstaaten. Die Erhöhung im Segment International beruht im Wesentlichen auf der positiven Auswirkung der die Erwartungen übertreffenden Forderungseingänge in Westeuropa und Lateinamerika in 2007.

Die folgende Tabelle stellt eine Übersicht über die Entwicklung der Forderungslaufzeiten nach operativen Segmenten dar.

Entwicklung der Forderungslaufzeiten

	31. März 2008	31. Dezember 2007
Nordamerika	60	58
International	107	104
Total	76	73

Die Gesellschaft erzeugt Mittelzuflüsse aus kurzfristigen Krediten durch Forderungsverkäufe im Rahmen des Forderungsverkaufsprogramms und durch Aufnahme von Krediten bei der Muttergesellschaft Fresenius SE. Am 29. Februar 2008 erhielt die Gesellschaft im Rahmen des Kreditvertrags mit der Fresenius SE ein Darlehen in Höhe von 13,2 Mio. € zu einem Zinssatz von 4,8%. Von diesem wurden zum 31. März 2008 6,4 Mio. € zurückgezahlt. Die verbleibenden 6,8 Mio. € werden mit 5,0% verzinst und sind am 30. April 2008 zur Rückzahlung fällig.

Die langfristige Finanzierung wird generiert aus dem revolving Kredit und den mittelfristigen Darlehen im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006 sowie aus den Darlehen im Rahmen der Kreditvereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) und wurde generiert durch die Ausgabe einer vorrangigen Anleihe und von Euro-Schuldscheindarlehen sowie genussscheinähnlichen Wertpapieren. Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihre bestehenden Kredit- und Finanzierungsvereinbarungen, Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und andere kurzfristige Finanzierungsquellen zur Deckung des vorhersehbaren Finanzierungsbedarfs ausreichen.

Die Gesellschaft verfügt über eine Darlehensfazilität in Höhe von 90 Mio. €, die Bestandteil der im Dezember 2006 mit der EIB getroffenen Kreditvereinbarung ist. Diese Fazilität wurde am 1. Februar 2008 in voller Höhe ausgenutzt. Die Verbindlichkeiten sind in Euro denominated. Sie haben einen anfänglichen Zinssatz von 4,35 %. Die Verzinsung ist variabel und wird alle drei

Monate angepasst. Zinszahlungen sind alle drei Monate zu leisten. Der Kredit ist am 1. Februar 2014 zurückzuzahlen.

Am 1. Februar 2008 zahlte die Gesellschaft die genussscheinähnlichen Wertpapiere (Trust Preferred Securities) der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III in Höhe von 450 Mio. US-\$ und 153 Mio. € planmäßig zurück. Für die Rückzahlung wurden im Wesentlichen Mittel aus dem Forderungsverkaufsprogramm und den bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten der Gesellschaft in Anspruch genommen.

Die Kreditvereinbarung 2006, die Kreditvereinbarungen mit der EIB, das Euro-Schuldscheindarlehen, und die Schuldverschreibungen der Gesellschaft im Zusammenhang mit der vorrangigen Anleihe und den genussscheinähnlichen Wertpapieren enthalten Verpflichtungen, die der Gesellschaft die Einhaltung bestimmter finanzieller Kennzahlen und anderer finanzieller Kriterien vorschreiben. Die Kreditvereinbarung 2006 verpflichtet die Gesellschaft, eine konzernbezogene Mindestdeckung der fixen Kosten einzuhalten (Verhältnis des konsolidierten EBITDAR (Summe aus EBITDA und Mietaufwendungen für Leasingverträge) zu konzernbezogenen fixen Kosten gemäß der Definition in der Kreditvereinbarung 2006) sowie eine maximale Konzern-Leverage-Kennziffer einzuhalten (Verhältnis der Finanzverbindlichkeiten zum EBITDA entsprechend der Festlegung in der Kreditvereinbarung 2006). Weitere Verpflichtungen in einem oder mehreren der genannten Verträge der Gesellschaft beschränken die Möglichkeiten der Gesellschaft zur Verwendung von Vermögenswerten, zum Eingehen von Verbindlichkeiten sowie der Zahlung von Dividenden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft Beschränkungen unterworfen, bestimmte Zahlungen vorzunehmen und Belastungen oder Sale- und-Leaseback-Transaktionen einzugehen. Am 31. Januar 2008 wurde die Kreditvereinbarung 2006 dahingehend abgeändert, dass bestimmte zugelassene Darlehensarten erhöht und alle Beschränkungen bezüglich der Investitionen in Sachanlagen eliminiert wurden.

Die Verletzung einer dieser Klauseln könnte zu einer Verletzung der Kreditvereinbarung 2006, der Kreditvereinbarungen mit der EIB, dem Euro-Schuldscheindarlehen, der vorrangigen Anleihe oder der den genussscheinähnlichen Wertpapieren zugrunde liegenden Schuldscheindarlehen führen, was wiederum weitere Vertragsverletzungen bei den anderen langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach sich ziehen könnte. Bei Vertragsverletzung kann der ausstehende Saldo der Kreditvereinbarung 2006 auf Verlangen der Gläubiger aus dieser Vereinbarung fällig gestellt werden. Zum 31. März 2008 hat die Gesellschaft alle in der Kreditvereinbarung 2006 und sonstigen Kreditvereinbarungen festgelegten Verpflichtungen erfüllt.

Die Vergleichsvereinbarung mit den Asbest-Gläubigerausschüssen im Namen der W.R. Grace & Co.-Konkursmasse (siehe Anmerkung 10 des beigefügten Konzernanhangs) sieht nach der stattgefundenen Genehmigung der Vergleichsvereinbarung durch das US-Bezirksgericht und der den Vergleich einschließenden Bestätigung des Sanierungsplans der W.R. Grace eine von der Gesellschaft zu leistende Zahlung in Höhe von 115 Mio. US-\$ vor. Die Rückstellung, die im Jahr 2001 zur Abdeckung der Verpflichtungen der Gesellschaft aus mit dem Zusammenschluss von 1996 verbundenen Rechtsangelegenheiten gebucht wurde, beinhaltet die Zahlung von 115 Mio. US-\$. Die Zahlungsverpflichtung ist unverzinslich.

Die deutschen Steuerbehörden haben im 3. Quartal 2006 ihre Betriebsprüfung der Steuerjahre 1998-2001 im Wesentlichen abgeschlossen und im 1. Quartal 2008 einen vorläufigen, unter dem Vorbehalt der Überprüfung stehenden Prüfungsbericht erstellt. Die Gesellschaft hat aufgrund der Betriebsprüfung zum Zeitpunkt ihrer Beendigung im Jahre 2006 bestimmte Aufwendungen bilanziert. Der vorläufige Prüfungsbericht bestätigt die Prüfungsfeststellungen, so dass, unter

dem Vorbehalt der Erstellung des endgültigen Prüfungsberichts, keine weiteren Anpassungen notwendig scheinen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sie die noch ausstehenden Punkte auf der Betriebsprüfungsebene gelöst hat, vorbehaltlich der Überprüfung und Zustimmung seitens der entsprechenden Ebenen innerhalb des Finanzamts. Bis auf die nachfolgend erläuterten Klagen hat der Internal Revenue Service (IRS) die Überprüfung der Steuererklärungen von FMCH für die Jahre 1997 bis 2001 abgeschlossen, und FMCH hat die Zustimmung zum formellen Abschluss der Betriebsprüfung durch Steuerbescheide erklärt (Consent to Assessment of Tax). Als Ergebnis der Versagung der Abzugsfähigkeit von zivilrechtlichen Vergleichszahlungen, die FMCH im Zusammenhang mit den Beschlüssen des OIG und den Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörde aus dem Jahr 2000 vorgenommen hat und einiger anderer Abzüge durch den IRS, leistete die Gesellschaft im 3. Quartal 2006 eine Steuerzahlung einschließlich Zinsen an den IRS in Höhe von etwa 99 Mio. US-\$. Die Gesellschaft hat im Rahmen ihres Vorgehens gegen die Versagung der Abzugsfähigkeit der zivilrechtlichen Vergleichszahlungen Anträge auf Erstattung eingereicht, und beabsichtigt, die Wiedererlangung der Steuer- und der mit der Versagung im Zusammenhang stehenden Zinszahlungen im Rahmen eines Rechtsbehelfs bei der IRS und, soweit notwendig, vor den Bundesgerichten für Steuerangelegenheiten, zu verfolgen. Des Weiteren ist die steuerliche Betriebsprüfung durch den IRS für die Jahre 2002 bis 2004 kürzlich abgeschlossen worden. Mit Ausnahme der Nichtanerkennung der Abzugsfähigkeit der in dem Prüfungszeitraum für konzerninternes genussrechtsähnliches Kapital gezahlten Vergütungen handelt es sich um routinemäßige Anpassungen, die im Konzernabschluss berücksichtigt wurden. Die Gesellschaft hat gegen die Nichtanerkennung der Abzüge und einige der anderen Anpassungen Einspruch eingelegt und wird alle Rechtsmittel nutzen. Ein nachteiliger Ausgang dieser Rechtsstreitigkeit könnte erhebliche negative Auswirkungen auf die Ertragssteuern, das Ergebnis sowie das Ergebnis je Aktie haben.

Die Gesellschaft unterliegt derzeit steuerlichen Betriebsprüfungen in den USA, in Deutschland sowie in weiteren Ländern. Die Gesellschaft hat im Zusammenhang mit einigen dieser Betriebsprüfungen Mitteilungen über nachteilige Anpassungen und Nichtanerkennungen erhalten. Die Gesellschaft ficht diese Entscheidungen unter anderem durch das Einlegen von Einsprüchen gegen diese Festsetzungen an. Wenn die Einwände und Einsprüche der Gesellschaft nicht erfolgreich sein sollten, könnte die Gesellschaft gezwungen sein, zusätzliche Bundes- und Bundesstaat- Steuerzahlungen zu leisten, einschließlich Zahlungen an bundesstaatliche Behörden, die das Ergebnis der Anpassungen unserer Bundes-Steuererklärungen sind. Im Hinblick auf andere mögliche Anpassungen und Versagungen in steuerlichen Angelegenheiten, die gegenwärtig untersucht werden oder für die nur vorläufige Vereinbarungen getroffen wurden, wird nicht erwartet, dass eine nachteilige Entscheidung wesentliche Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft haben würde. Die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, den Zeitpunkt für diese potentiellen Steuernachzahlungen zu bestimmen. Sollten alle potentiellen Steuernachzahlungen und die Vergleichszahlung für das Grace Chapter 11-Verfahren gleichzeitig fällig werden, könnte sich dies in der entsprechenden Berichtsperiode wesentlich negativ auf den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit auswirken. Die Gesellschaft erwartet jedoch, dass die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und, wenn notwendig, die verfügbare Liquidität zur Erfüllung aller derartigen Verpflichtungen bei deren Fälligkeit ausreichen.

Dividenden

Im Rahmen seiner ergebnisorientierten Ausschüttungspolitik wird der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin der Hauptversammlung am 20. Mai 2008 eine im Jahr 2008 zu zahlende Dividende für das Geschäftsjahr 2007 von 0,54 € je Stammaktie (2006: 0,47 €) und von 0,56 € je Vorzugsaktie (2006: 0,49 €) vorgeschlagen. Die erwartete Dividendenzahlung insgesamt liegt bei etwa 160 Mio. €. Im Jahr 2007 erfolgte eine Dividendenausschüttung für das Geschäftsjahr 2006 von 139 Mio. €. Die Kreditvereinbarung 2006 beschränkt die Dividendenausschüttung und bestimmte andere Zahlungen der Gesellschaft für den Erwerb eigener Aktien (und Rechte, diese zu erwerben, wie Optionen oder Bezugsrechte) im Jahr 2008 auf insgesamt 260 Mio. US-\$ (164 € umgerechnet mit dem Stichtagskurs vom 31. März 2008) und 280 Mio. US-\$ (177 € umgerechnet mit dem Stichtagskurs vom 31. März 2008) in 2009.

Cash Flow

Laufende Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft erwirtschaftete aus der laufenden Geschäftstätigkeit einen Mittelzufluss in Höhe von 128 Mio. € für das 1. Quartal 2008 und 216 Mio. € für die Vergleichsperiode 2007. Dies entspricht einer Verringerung von etwa 41% gegenüber dem Vorjahr, hauptsächlich als Folge einer Erhöhung der Forderungslaufzeiten im 1. Quartal 2008 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2007 sowie im 1. Quartal 2008 in Deutschland gezahlter Ertragsteuern für das Jahr 2007. Die Mittelzuflüsse wurden im Wesentlichen für Investitionen (Sachanlagen und Akquisitionen) verwendet.

Investitionstätigkeit

Die Ausgaben für Investitionstätigkeiten betrugen 124 Mio. € im 1. Quartal 2008 verglichen mit 152 Mio. € im gleichen Zeitraum 2007. Im 1. Quartal 2008 zahlte die Gesellschaft etwa 47 Mio. € (41 Mio. € im Segment Nordamerika und 6 Mio. € im Segment International) für Akquisitionen, die vornehmlich aus Dialysekliniken bestanden. Die Gesellschaft verzeichnete außerdem Einzahlungen von 26 Mio. € im Zusammenhang mit Veräußerungen. Im Vergleichszeitraum 2007 zahlte die Gesellschaft etwa 69 Mio. € (35 Mio. € im Segment Nordamerika und 34 Mio. € im Segment International) für Akquisitionen, die vornehmlich aus Dialysekliniken bestanden.

Die Investitionen in Sachanlagen betrugen nach Abzug von Einnahmen aus Abgängen 103 Mio.€ für das 1. Quartal 2008 und 83 Mio. € für den gleichen Zeitraum 2007. Im 1. Quartal 2008 betrugen die Investitionen in Sachanlagen 68 Mio. € im Segment Nordamerika und 35 Mio. € im Segment International. Im Vergleichszeitraum 2007 betrugen die Investitionen in Sachanlagen 54 Mio. € im Segment Nordamerika und 29 Mio. € im Segment International. Der größte Teil der Investitionsausgaben wurde für die Instandhaltung bestehender Kliniken, die Ausrüstung neuer Kliniken, die Instandhaltung und den Ausbau der Produktionskapazitäten, vorwiegend in Deutschland und Nordamerika und für die Aktivierung von Geräten, die, vorwiegend im Segment International, Kunden zur Verfügung gestellt wurden, verwendet. Die Investitionen in Sachanlagen machten etwa 6 % des Gesamtumsatzes aus.

Finanzierungstätigkeit

Für Finanzierungstätigkeiten wurden im 1. Quartal 2008 Mittel in Höhe von 29 Mio. € verwendet, verglichen mit für Finanzierungstätigkeiten verwendeten Mitteln in Höhe von 27 Mio. € im 1. Quartal 2007. Im 1. Quartal 2008 wurden die Mittel hauptsächlich für die Ablösung von genussscheinähnlichen Wertpapieren verwendet, teilweise ausgeglichen durch Erlöse aus dem Forderungsverkaufsprogramm und anderen bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten. Im 1. Quartal 2007 wurden die Mittel im Wesentlichen für die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten verwendet. Die liquiden Mittel betragen 139 Mio. € zum 31. März 2008 im Vergleich zu 156 Mio. € zum 31. März 2007.

Angabe zu Verpflichtungen aus Finanzverbindlichkeiten – EBITDA

EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) betrug im 1. Quartal 2008 348 € oder 19,4% vom Umsatz und im gleichen Zeitraum 2007 328 Mio. € oder 19,6 % vom Umsatz. Die Kennzahl EBITDA ist die Basis für die Beurteilung der Einhaltung der Kennziffern, die der Gesellschaft im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006, des Euro-Schuldscheindarlehens und der Kreditvereinbarung mit der Europäischen Investitionsbank vorgegeben wurden, sowie Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Anleihe und den genussscheinähnlichen Wertpapieren. EBITDA sollte nicht als Alternative zu dem nach U.S.-GAAP ermittelten Jahresüberschuss oder zum Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit ausgelegt werden. Außerdem steht nicht das gesamte EBITDA dem Vorstand zur freien Verfügung. Beispielsweise unterliegt ein wesentlicher Teil solcher Mittel, wie an anderer Stelle in diesem Geschäftsbericht ausführlicher beschrieben, vertraglichen Beschränkungen und wird benötigt, um Bankverbindlichkeiten zu bedienen, notwendige Investitionsausgaben zu tätigen und von Zeit zu Zeit sonstige, an anderer Stelle in diesem Bericht in weiteren Einzelheiten beschriebene Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist möglich, dass das hier berechnete EBITDA mit ähnlich benannten Kenngrößen anderer Gesellschaften nicht vergleichbar ist. Eine Überleitung des EBITDA zum Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit stellt sich wie folgt dar:

Überleitung des EBITDA zum Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit

in Tsd. €	1. Januar bis 31. März 2008	1. Januar bis 31. März 2007
EBITDA	326.744	347.733
Zinsaufwendungen, netto	(55.249)	(72.418)
Ertragssteuern, netto	(77.902)	(81.540)
Veränderung der latenten Steuern, netto	26.358	26.083
Veränderungen bei operativen Aktiva und Passiva	(90.008)	(11.080)
Personalaufwand	4.623	3.833
Sonstiges, Netto	(6.085)	3.327
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	128.481	215.938

b) Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme zum 31. März 2008 blieb mit 9,3 Mio. € nahezu unverändert im Vergleich zu 9,6 Mio. € am 31. Dezember 2007. Im Vergleich zum Geschäftsjahresende 2007 blieb der Anteil des Umlaufvermögens und des Anlagevermögens am Gesamtvermögen zum 31. März 2008 mit 25% bzw. 75% ebenfalls nahezu unverändert. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, blieb ebenfalls nahezu unverändert bei 41%. Der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme verringerte sich von 21% am 31. Dezember 2007 auf 20% am 31. März 2008, da die Anfang 2008 fälligen genussscheinähnlichen Wertpapiere im Februar mit Mitteln aus dem Forderungsverkaufsprogramm und anderen bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten abgelöst wurden.

Chancen- und Risikobericht

a) Chancenbericht

In den ersten drei Monaten 2008 haben sich im Vergleich zu den in dem Konzernabschluss und -lagebericht der Gesellschaft gemäß § 315a HGB zum 31. Dezember 2007 unter dem Abschnitt „Ausblick 2007 und Chancen der zukünftigen Entwicklung“ auf Seite 26 – 30 des Konzernlageberichts veröffentlichten Informationen keine wesentlichen Änderungen ergeben.

b) Risikobericht

Informationen zu den Risiken der Gesellschaft sind in Anmerkung 10 „Rechtliche Verfahren“ sowie im Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unter den Abschnitten „Zukunftsbezogene Aussagen“ und „Überblick“ dargestellt. Für weitere Informationen kann der Abschnitt „Risiken der zukünftigen Entwicklung“ auf Seite 25 – 29 des Konzernlageberichts in dem Konzernabschluss und -lagebericht der Gesellschaft gemäß § 315a HGB zum 31. Dezember 2007 eingesehen werden.

Bericht zu Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung

Die Gesellschaft bekräftigt den Ausblick für das Gesamtjahr 2008 und rechnet mit einem Umsatz von mehr als 10,4 Mrd. US-\$. Dies entspricht einem Anstieg von über 7% im Vergleich zum Vorjahr. Beim Jahresüberschuss rechnet das Unternehmen für 2008 mit 805 Mio. US-\$ bis 825 Mio. US-\$. Des Weiteren sind 2008 für Investitionen in Sachanlagen 650 - 750 Mio. US-\$ und für Akquisitionen 150 - 250 Mio. US-\$ vorgesehen. Der Verschuldungsgrad (Debt/EBITDA-Ratio) soll sich zum Jahresende 2008 auf unter 2,8 verringern. Für das Jahr 2010 erwartet Fresenius Medical Care weiterhin einen Umsatz von mehr als 11,5 Mrd. US-\$. Das jährliche Ergebniswachstum soll im unteren bis mittleren Zehnerprozentbereich liegen.

Ausblick

in Mio. US-\$	2008
Umsatz	> \$10,400
Jahresüberschuss	\$805 - \$825
Verschuldungsgrad	< 2.8
Investitionen	~\$650 - \$750
Akquisitionen	~ \$150 - \$250

Konzernabschluss

Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. März 2008 und 2007
(ungeprüft)

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Tsd. €, mit Ausnahme der Beträge je Aktie	<u>Ziffer</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Umsatzerlöse			
Dialysedienstleistungen		1.235.147	1.343.166
Dialyseprodukte		444.793	427.207
	15	<u>1.679.940</u>	<u>1.770.373</u>
Aufwendungen zur Erzielung der Umsatzerlöse			
Dialysedienstleistungen		895.133	959.646
Dialyseprodukte		211.628	208.635
		<u>1.106.761</u>	<u>1.168.281</u>
Bruttoergebnis vom Umsatz		573.179	602.092
Betriebliche Aufwendungen			
Vertriebs- und allgemeine Verwaltungskosten		298.764	309.400
Ertrag aus dem Verkauf von Kliniken		-	-
Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen	2a	12.698	10.325
Operatives Ergebnis		<u>261.717</u>	<u>282.367</u>
Sonstige (Erträge) Aufwendungen			
Zinserträge		(3.589)	(2.733)
Zinsaufwendungen		58.838	75.151
Ergebnis vor Ertragsteuern und vor Anteilen anderer Gesellschafter		206.468	209.949
Ertragsteuern		77.902	81.540
Ergebnis nach Ertragsteuern und vor Anteilen anderer Gesellschafter		<u>128.566</u>	<u>128.409</u>
Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn		3.925	5.291
Konzern-Jahresüberschuss		<u>124.641</u>	<u>123.118</u>
Ergebnis je Stammaktie	2b	<u>0,42</u>	<u>0,42</u>
Ergebnis je Stammaktie bei voller Verwässerung	2b	<u>0,42</u>	<u>0,42</u>

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

Konzernbilanz

zum 31. März 2008 (ungeprüft) und zum 31. Dezember 2007

Konzern-Bilanz

in Tsd. €, mit Ausnahme der Beträge je Aktie und der Aktienstückzahl

	<u>Ziffer</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Aktiva			
Kurzfristige Vermögenswerte			
Flüssige Mittel	4	138.941	166.218
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen (159.496 € in 2008 und 168.331 € in 2007)	5	1.373.751	1.376.853
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		60.517	67.676
Vorräte	6	451.758	432.195
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte		317.198	336.645
Summe kurzfristige Vermögenswerte		2.342.165	2.379.587
Sachanlagen		1.376.952	1.395.472
Immaterielle Vermögenswerte		453.484	483.477
Firmenwerte		4.637.157	4.925.524
Latente Steuern		287.399	300.456
Sonstige Aktiva		156.148	161.367
Summe Aktiva		9.253.305	9.645.883
Passiva			
Kurzfristige Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		219.683	224.115
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		135.559	136.573
Rückstellungen und sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten		854.517	919.082
Kurzfristige Darlehen	7	447.565	147.746
Kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen	7	6.800	1.554
Kurzfristig fälliger Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen		76.797	63.119
Genussscheinähnliche Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trusts - kurzfristiger Anteil	9	-	454.987
Rückstellungen für Ertragsteuern		70.255	99.542
Summe kurzfristige Verbindlichkeiten		1.811.176	2.046.718
Langfristige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen abzüglich des kurzfristig fälligen Anteils	8	2.632.459	2.719.933
Rückstellungen und sonstige Verbindlichkeiten		135.686	89.680
Pensionsrückstellungen		79.911	70.622
Rückstellungen für Ertragsteuern		83.272	75.593
Latente Steuern		268.710	285.197
Genussscheinähnliche Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trusts	9	440.695	451.053
Summe Verbindlichkeiten		5.451.909	5.738.796
Eigenkapital			
Vorzugsaktien, ohne Nennwert, Nominalwert 1,00 €, 12,356,880 Aktien genehmigt, 3,781,648 ausgegeben und in Umlauf		3.782	3.778
Stammaktien, ohne Nennwert, Nominalwert 1,00 €, 373.436.220 Aktien genehmigt, 292,786,583 ausgegeben und in Umlauf		292.787	292.787
Einlage zur Kapitalerhöhung auf Vorzugsaktien	10	9	-
Einlage zur Kapitalerhöhung auf Stammaktien	10	151	-
Kapitalrücklage		3.571.448	3.563.961
Gewinnrücklagen		1.620.124	1.495.483
Kumulierter Übriger Comprehensive Loss		(1.768.502)	(1.520.801)
Summe Konzern-Eigenkapital		3.719.799	3.835.208
Anteile anderer Gesellschafter		81.597	71.879
Summe Eigenkapital		3.801.396	3.907.087
Summe Passiva		9.253.305	9.645.883

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

Konzern-Kapitalflussrechnung

1. Januar bis 31. März 2008 und 2007
(ungeprüft)

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Tsd. €	Ziffer	2008	2007
Mittelzufluss (-abfluss) aus laufender Geschäftstätigkeit			
Konzern-Jahresüberschuss		124.641	123.118
Überleitung vom Konzern-Jahresüberschuss auf den Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit:			
Beilegung von Aktionärsklagen			-
Abschreibungen	15	65.029	65.366
Veränderung der Anteile anderer Gesellschafter		6.858	9.505
Veränderung der latenten Steuern		26.358	26.083
Verlust aus Anlagenabgängen		(9.020)	(887)
Personalaufwand aus Aktienoptionen		4.623	3.833
Mittelzufluss aus Kurssicherung			-
Veränderungen bei Aktiva und Passiva, ohne Auswirkungen aus der Veränderung des Konsolidierungskreises:			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, netto		(61.799)	116
Vorräte		(34.821)	(26.431)
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Vermögenswerte		11.674	(13.080)
Forderungen / Verbindlichkeiten gegen / gegenüber verbundenen Unternehmen		(1.478)	3.098
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Rückstellungen und sonstige kurz- und langfristige Verbindlichkeiten		69.315	89.115
Gezahlte Zinsen	16	(66.546)	(87.503)
Erhaltene Zinsen		7.575	2.733
Veränderung der Steuerrückstellungen		45.602	51.431
Steuerzahlungen im Zusammenhang mit Desinvestitionen und Akquisitionen		-	-
Gezahlte Ertragsteuern	16	(59.530)	(30.559)
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit		128.481	215.938
Mittelzufluss (-abfluss) aus Investitionstätigkeit			
Erwerb von Sachanlagen	15	(107.236)	(89.123)
Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen		3.770	6.035
Erwerb von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, netto	15, 16	(46.803)	(68.617)
Erlöse aus Desinvestitionen		26.140	-
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit		(124.129)	(151.705)
Mittelzufluss (-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit			
Einzahlungen aus kurzfristigen Darlehen		23.849	19.567
Tilgung kurzfristiger Darlehen		(27.712)	(12.808)
Einzahlungen aus kurzfristigen Darlehen von verbundenen Unternehmen		13.200	13.199
Tilgung kurzfristiger Darlehen von verbundenen Unternehmen		(7.954)	-
Einzahlungen aus langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen (nach Abzug von Kosten der Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 12.188 € im Jahr 2007 und 68.346 € im Jahr 2006)		101.459	45
Tilgung von langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen		(3.513)	(72.464)
Tilgung von genussscheinähnlichen Wertpapieren		(455.625)	
Anstieg (Rückgang) des Forderungsverkaufsprogramms		328.219	26.705
Einzahlungen aus der Ausübung von Aktienoptionen		4.404	2.855
Veränderung der Anteile anderer Gesellschafter		(5.024)	(4.262)
Mittelzufluss (-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit		(28.698)	(27.162)
Wechselkursbedingte Veränderung der flüssigen Mittel		(2.931)	(1.555)
Flüssige Mittel			
Nettoerhöhung der flüssigen Mittel		(27.277)	35.516
Flüssige Mittel am Anfang der Periode		166.218	120.737
Flüssige Mittel am Ende der Periode		138.941	156.253

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

zum 31. März 2008 und 2007 (ungeprüft)

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Tsd. €, mit Ausnahme der Anzahl der Aktien

Ziffer	Vorzugsaktien		Stammaktien		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Kumuliertes Übriges Comprehensive Income (Loss)		Summe Konzern-eigenkapital	Anteile anderer Gesellschafter	Summe		
	Anzahl der Aktien	Betrag	Einlage zur Kapitalerhöhung auf Vorzugsaktien	Anzahl der Aktien			Betrag	Einlage zur Kapitalerhöhung auf Stammaktien				Währungs-um-rechnungs-differenzen	Cash Flow Hedges
Stand am 31. Dezember 2006	1.237.145	3.167	-	97.149.891	248.704	-	3.554.506	677.295	(758.051)	28.236	3.753.857	57.068	3.810.925
Erlöse aus der Ausübung von Aktienoptionen und Steuereffekte	10	2.879	7	-	-	105	2.691				2.803		2.803
Steuereffekte auf Aktienoptionen							4.033				4.033		4.033
Personalaufwand aus Aktienoptionen							3.833				3.833		3.833
Dividendenzahlungen											-	(4.262)	(4.262)
Erwerb/Verkauf von Anteilen anderer Gesellschafter											-	9.477	9.477
Bareinlagen anderer Gesellschafter											-	1.892	1.892
Comprehensive Income (Loss)													
Jahresüberschuss								123.118				123.118	130.731
Übriges Comprehensive Income (Loss) aus:													
Cash Flow Hedges, nach Steuereffekten										(5.043)	(5.043)		(5.043)
Währungsumrechnungsdifferenzen									(28.470)	(233)	(28.703)	880	(27.823)
Comprehensive Income											89.372	8.493	97.865
Stand am 31. März 2007	1.240.024	3.174	-	97.149.891	248.704	105	3.565.063	800.413	(786.521)	22.960	3.853.898	72.668	3.926.566
Stand am 31. Dezember 2007	3.778.087	3.778	-	292.786.583	292.787	-	3.563.961	1.495.483	(1.511.450)	(9.351)	3.835.208	71.879	3.907.087
Erlöse aus der Ausübung von Aktienoptionen und Steuereffekte	10	3.561	4	9	0	0	151	4.116			4.280		4.280
Steuereffekte auf Aktienoptionen								(1.252)			(1.252)		(1.252)
Personalaufwand aus Aktienoptionen								4.623			4.623		4.623
Dividendenzahlungen												(5.024)	(5.024)
Erwerb/Verkauf von Anteilen anderer Gesellschafter												8.823	8.823
Bareinlagen anderer Gesellschafter												1.075	1.075
Comprehensive Income (Loss)													
Jahresüberschuss								124.641				124.641	130.424
Übriges Comprehensive Income (Loss) aus:													
Cash Flow Hedges, nach Steuereffekten										(30.748)	(30.748)		(30.748)
Währungsumrechnungsdifferenzen									(219.196)	2.243	(216.953)	(939)	(217.892)
Comprehensive Income											(123.060)	4.844	(118.216)
Stand am 31. März 2008	3.781.648	3.782	9	292.786.583	292.787	151	3.571.448	1.620.124	(1.730.646)	(37.856)	3.719.799	81.597	3.801.396

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

Anmerkungen zum Konzernabschluss

(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

1. Die Gesellschaft und Zusammenfassung der wesentlichen Grundsätze der Rechnungslegung

Die Fresenius Medical Care Aktiengesellschaft & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien („FMC-AG & Co. KGaA“ oder die „Gesellschaft“) ist der weltweit führende integrierte Anbieter von Dialyседienstleistungen und Dialyseprodukten für die Behandlung von Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz. Als vertikal integriertes Unternehmen bietet die Gesellschaft Dialyседienstleistungen in eigenen Kliniken oder Kliniken, die sie betreibt, an und versorgt diese mit einer weiten Produktpalette. Zusätzlich verkauft die Gesellschaft Dialyseprodukte an andere Dialyседienstleister. In den USA führt die Gesellschaft darüber hinaus klinische Labortests durch und bietet stationäre Dialysebehandlungen sowie andere Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit Krankenhäusern an.

Grundlage der Darstellung

Seit dem Geschäftsjahr 2005 sind deutsche kapitalmarktorientierte Gesellschaften grundsätzlich verpflichtet, den Konzernabschluss nach den „International Financial Reporting Standards“ („IFRS“) unter Anwendung von § 315a HGB zu erstellen und zu veröffentlichen. Die Gesellschaft hat bis zum Geschäftsjahr 2007 die Wahlmöglichkeit nach Artikel 58 Absatz 5 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch („EGHGB“) in Anspruch genommen, wonach § 292a HGB in der bis zum 9. Dezember 2004 geltenden Fassung noch auf Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2007 beginnen, angewendet werden konnte, und daher den Konzernabschluss bis zum 31. Dezember 2006 nach den US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätzen, den „United States Generally Accepted Accounting Principles“ („U.S.-GAAP“), aufgestellt.

Seit dem Wegfall der Wahlmöglichkeit im Geschäftsjahr 2007 ist die Gesellschaft nach § 315a HGB verpflichtet, einen IFRS Konzernabschluss zu veröffentlichen. Der beigefügte Konzernabschluss wurde daher in Übereinstimmung mit den am Abschlussstichtag gültigen Regelungen des „International Accounting Standards Board“ (IASB) und den verbindlichen Interpretationen des „International Financial Reporting Interpretations Committee“ (IFRIC), vormals „Standing Interpretations Committee“ (SIC), wie sie in der EU verpflichtend anzuwenden sind, erstellt.

Weiterhin wurde ein Konzernabschluss nach U.S.-GAAP und mit dem US-Dollar („US-\$“) als Berichtswährung erstellt und als Bestandteil der Form 6-Kder Securities and Exchange Commission („SEC“), sowie der deutschen Börse eingereicht.

Die in diesem Bericht dargelegten Konzernabschlüsse zum 31. März 2008 sowie für das 1. Quartal 2008 und 2007 sind ungeprüft und sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007, gemäß § 315a HGB nach IFRS, gelesen werden.

Die Konzernabschlüsse geben alle Anpassungen wider, die nach Ansicht der Unternehmensleitung für eine sachgerechte Darstellung der Ergebnisse für die aufgeführten Zeiträume erforderlich sind. Dabei handelt es sich in allen Fällen um normale, wiederkehrende Anpassungen.

Aus dem operativen Ergebnis für das 1. Quartal 2008 kann nicht notwendigerweise auf das operative Ergebnis für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2008 geschlossen werden.

Die Erstellung eines Konzernabschlusses nach IFRS macht Schätzungen und Annahmen durch die Unternehmensleitung erforderlich, die die Höhe der Aktiva und Passiva, die Angabe von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie die Höhe der Erträge und Aufwendungen während des Geschäftsjahres beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

Jede Umsatzsteuer, die von einer staatlichen Behörde erhoben wurde, wird netto ausgewiesen, ebenso wird der Umsatz abzüglich der Steuer dargestellt.

Neue Verlautbarungen

Das „International Accounting Standards Board“ (IASB) bzw. „International Financial Reporting Interpretations Committee“ (IFRIC) hat folgende für die Gesellschaft relevante neue Standards bzw. Interpretationen herausgegeben, die frühestens für Geschäftsjahre beginnend am oder nach dem 1. Januar 2008 anzuwenden sind:

- Änderungen zu IFRS 3 (Business Combinations)
- Änderungen zu IAS 1 (Presentation of Financial Statements)
- Änderungen zu IAS 23 (Borrowing Costs)
- Änderungen zu IAS 27 (Consolidated and Separate Financial Statements)

Im März 2007 verabschiedete das IASB Änderungen zu IAS 23 (Borrowing Costs). Die wesentliche Änderung des Standards betrifft die Streichung des Wahlrechts, Fremdkapitalkosten direkt als Aufwand zu erfassen, die direkt dem Erwerb, Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können. Solche Fremdkapitalkosten müssen als Teil der Anschaffungskosten der qualifizierten Vermögenswerte aktiviert werden. Der Standard ist erstmals auf Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte anzuwenden, deren Anfangszeitpunkt für die Aktivierung am oder nach dem 1. Januar 2009 liegt. Die Gesellschaft aktiviert Fremdkapitalkosten bereits im Einklang mit dem bisherigen IAS 23 und erfüllt daher die Anforderungen des überarbeiteten IAS 23.

Im September 2007 hat das IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 1 (Presentation of Financial Statements) herausgegeben, die den Anwendern die Analyse und den Vergleich von Abschlüssen erleichtern soll. IAS 1 legt allgemeine Anforderungen an die Präsentation von Abschlüssen, Richtlinien für ihre Struktur und Mindestanforderungen an ihren Inhalt fest. Eine wesentliche Änderung betrifft die nicht anteilseignerbezogenen Eigenkapitalveränderungen, die entweder im Statement of Comprehensive Income oder in zwei getrennten Abschlussbestandteilen (Gewinn- und Verlustrechnung und Statement of Comprehensive Income) dargestellt werden. Die überarbeitete Version von IAS 1 ist für Geschäftsjahre

anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Gesellschaft analysiert zurzeit die möglichen Auswirkungen, soweit vorhanden, auf den Konzernabschluss.

Im Januar 2008 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung des IAS 27 (Consolidated and Separate Financial Statements). Der überarbeitete Standard schreibt vor, dass bei Verlust der Beherrschung eines Tochterunternehmens die konsolidierten Vermögenswerte und Schulden auszubuchen sind und das verbleibende Investment zum beizulegenden Zeitwert neu zu bewerten ist. Der Standard regelt auch, dass Änderungen in der Beteiligungsquote, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, ausschließlich im Eigenkapital zu erfassen sind.

Ebenfalls im Januar 2008 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung des IFRS 3 (Business Combinations). Der Standard regelt unter anderem, dass Verbindlichkeiten in Abhängigkeit von künftigen Ereignissen zum Fair Value am Erwerbszeitpunkt gebildet werden. In der Folgebewertung werden Anpassungen nur noch erfolgswirksam erfasst. Eine weitere Änderung bezieht sich auf die Anforderung, dass Anschaffungsnebenkosten, die im Rahmen einer Akquisition anfallen, künftig nur noch als Aufwand erfasst werden dürfen.

Sowohl die neue Fassung des IAS 27 als auch die neue Fassung des IFRS 3 sind verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Anwendung von IFRS 3 bezieht sich auf Unternehmenszusammenschlüsse, die am oder nach dem 1. Juli 2009 abgeschlossen werden. Eine frühere Anwendung ist unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Die Gesellschaft untersucht zurzeit die Auswirkungen der Standards auf den Konzernabschluss.

Die Anerkennungen der Änderungen zu IFRS 3, IAS 1, IAS 27 und IAS 23 durch die EU-Kommission stehen noch aus.

2. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

a) Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

In den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in Höhe von 12,698 € (1. Quartal 2007: 10.325 €) sind neben den Forschungs- und nicht aktivierungsfähigen Entwicklungskosten auch die Abschreibungen auf aktivierte Entwicklungskosten in Höhe von 1.339 € (1. Quartal 2007: 337 €) enthalten

b) Ergebnis je Aktie

Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung der Zähler und Nenner für die Ermittlung des Ergebnis je Aktie vor und bei voller Verwässerung im 1. Quartal 2008 und 2007 dar.

Überleitung Ergebnis je Aktie vor und bei voller Verwässerung

in Tsd. €, mit Ausnahme der Beträge je Aktie

	1. Januar - 31. März	
	2008	2007
Zähler		
Quartalsergebnis	124.641	123.118
abzüglich:		
Dividenden auf Vorzugsaktien	19	18
Quartalsergebnis, das für alle Aktiengattungen zur Verfügung steht	<u>124.622</u>	<u>123.100</u>
Nenner		
Durchschnittlich ausstehende Aktien		
Stammaktien	292.786.583	291.449.673
Vorzugsaktien	<u>3.779.822</u>	<u>3.716.250</u>
Summe aller ausstehenden Aktiengattungen	296.566.405	295.165.923
Potentiell verwässernde Stammaktien	960.176	2.114.418
Potentiell verwässernde Vorzugsaktien	<u>101.810</u>	<u>151.068</u>
Summe ausstehender Stammaktien bei voller Verwässerung	293.746.759	293.564.091
Summe ausstehender Vorzugsaktien bei voller Verwässerung	3.881.632	3.867.318
Ergebnis je Stammaktie	0,42	0,42
Vorzüge	<u>0,01</u>	<u>0,00</u>
Ergebnis je Vorzugsaktie	<u>0,43</u>	<u>0,42</u>
Ergebnis je Stammaktie bei voller Verwässerung	0,42	0,42
Vorzüge	<u>0,01</u>	<u>0,00</u>
Ergebnis je Vorzugsaktie bei voller Verwässerung	<u>0,43</u>	<u>0,42</u>

3. Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Gesellschaft hat mit der Fresenius SE, der alleinigen Aktionärin der FMC Management AG, Vereinbarungen über den Austausch verschiedener Dienstleistungen und Produkte sowie Managementleistungen getroffen. Die folgenden Abschnitte (a) und (b) fassen die, aus diesen

Verträgen resultierenden Ergebnisse für das 1. Quartal 2008, zusammen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft Kreditvereinbarungen mit der Fresenius SE getroffen, innerhalb derer die Gesellschaft kurzfristige Darlehen von der Fresenius SE erhält. Abschnitt (c) fasst die damit einhergehenden Aktivitäten für das 1. Quartal 2008 zusammen.

a) Dienstleistungsvereinbarungen

Für das 1. Quartal 2008 und 2007 stellte die Fresenius SE der Gesellschaft auf der Grundlage dieser Dienstleistungsvereinbarungen 4.106 € und 4.152 € in Rechnung. In den gleichen Zeiträumen stellten Tochtergesellschaften der Fresenius SE der Gesellschaft 6.966 € und 5.293 € in Rechnung. Die Gesellschaft stellte der Fresenius SE für an diese erbrachte Dienstleistungen im 1. Quartal 2008 11 € und im 1. Quartal 2007 2 € in Rechnung. Tochtergesellschaften der Fresenius SE wurden im 1. Quartal 2008 und 2007 3.256 € bzw. 2.061 € in Rechnung gestellt.

Entsprechend den Mietverträgen für Immobilien, die mit der Fresenius SE abgeschlossen wurden, zahlte die Gesellschaft im 1. Quartal 2008 und 2007 1.259 € bzw. 1.241 €. Tochtergesellschaften der Fresenius SE wurden in diesen Quartalen 2.238 € bzw. 2.238 € gezahlt.

Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass der Management AG als persönlich haftender Gesellschafterin alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsführungstätigkeit einschließlich der Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands erstattet werden. Für ihre Geschäftsführungstätigkeit erhielt die Management AG im 1. Quartal 2008 und 2007 insgesamt 1.619 € bzw. 1.550 €.

b) Produkte

Die Gesellschaft verkaufte im 1. Quartal 2008 bzw. 2007 keine Produkte an die Fresenius SE und Produkte in Höhe 5.840 € bzw. 5.691 € an Tochtergesellschaften der Fresenius SE. Im 1. Quartal 2008 und 2007 tätigte die Gesellschaft keine Einkäufe bei der Fresenius SE und Einkäufe bei Tochtergesellschaften der Fresenius SE in Höhe von 7.243 € und 10.427 €.

c) Erhaltene Darlehen

Die Gesellschaft erhält kurzfristige Darlehen von der Fresenius SE und einer Tochtergesellschaft der Fresenius SE. Am 31. März 2008 standen 6.800 € gegenüber der Fresenius SE aus, während am 31. Dezember 2007 kein Betrag gegenüber der Fresenius SE ausstand. Am 31. März 2008 stand gegenüber keiner Tochtergesellschaft der Fresenius SE ein Betrag aus, während am 31. Dezember 2007 1.554 € ausstanden (siehe Anmerkung 7).

4. Flüssige Mittel

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die flüssigen Mittel wie folgt zusammen:

Flüssige Mittel

in Tsd. €	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Zahlungsmittel	134.234	161.960
Wertpapiere (mit einer Fälligkeit von bis zu 90 Tagen)	<u>4.707</u>	<u>4.258</u>
Flüssige Mittel	<u>138.941</u>	<u>166.218</u>

5. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt zusammen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Netto

in Tsd. €	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.533.247	1.545.184
abzüglich Wertberichtigungen	<u>159.496</u>	<u>168.331</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, netto	<u>1.373.751</u>	<u>1.376.853</u>

6. Vorräte

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die Vorräte wie folgt zusammen:

Vorräte

in Tsd. €	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	94.616	92.394
Unfertige Erzeugnisse	38.171	35.208
Fertige Erzeugnisse	260.424	238.080
Verbrauchsmaterialien	<u>58.547</u>	<u>66.513</u>
Vorräte	<u>451.758</u>	<u>432.195</u>

7. Kurzfristige Darlehen und kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die kurzfristigen Darlehen und die kurzfristigen Darlehen von verbundenen Unternehmen wie folgt zusammen:

Kurzfristige Darlehen

in Tsd. €	2008	2007
Verbindlichkeiten aus Kreditlinien	82.652	90.005
Forderungsverkaufsprogramm	364.913	57.741
Kurzfristige Darlehen	447.565	147.746
Kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen (siehe Anmerkungen 3.c.)	6.800	1.554
Kurzfristige Darlehen einschließlich verbundener Unternehmen	454.365	149.300

Die Gesellschaft erhöhte die kurzfristigen Verbindlichkeiten im Rahmen des Forderungsverkaufsprogramms und verwendete diese Mittel zusammen mit Inanspruchnahmen aus anderen bestehenden langfristigen Kreditlinien für die Rückzahlung der genussscheinähnlichen Wertpapiere, die am 1. Februar 2008 fällig waren (siehe Anmerkung 9).

8. Langfristige Verbindlichkeiten aus Darlehen und aktivierten Leasingverträgen

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die langfristigen Verbindlichkeiten und die Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen

in Tsd. €	2008	2007
Kreditvereinbarung 2006	2.013.271	2.150.747
Anleihe	311.024	333.924
Euro-Schuldscheindarlehen	200.000	200.000
Kredite von der Europäischen Investitionsbank	120.866	33.154
Verpflichtungen aus aktivierten Leasingverträgen	9.216	9.529
Sonstige	54.879	55.698
	2.709.256	2.783.052
Abzüglich kurzfristig fälliger Anteil	(76.797)	(63.119)
	2.632.459	2.719.933

Die folgende Tabelle zeigt die zur Verfügung stehenden Fazilitäten und die Inanspruchnahmen aus der Kreditvereinbarung 2006 zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007:

Kreditvereinbarung 2006 - Verfügbarer und in Anspruch genommener Kredit

in Tsd. US-\$	<u>31. März 2008</u>	<u>31. Dezember 2007</u>
Kreditfazilitäten		
Revolvierender Kredit	1.000.000	1.000.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan A")	1.550.000	1.550.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan B")	1.578.125	1.578.125
	<u>4.128.125</u>	<u>4.128.125</u>
Inanspruchnahmen		
Revolvierender Kredit	55.259	37.989
Mittelfristiges Darlehen ("Loan A")	1.550.000	1.550.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan B")	1.578.125	1.578.125
	<u>3.183.384</u>	<u>3.166.114</u>

Am 31. Januar 2008 erfolgte eine Vertragsanpassung der Kreditvereinbarung 2006. Diese Vertragsänderung führte zur Aufhebung der Beschränkungen hinsichtlich der maximal zulässigen Investitionsausgaben und zur Aufstockung der Höchstbeträge für außerhalb der Kreditvereinbarung 2006 erlaubte Kreditaufnahmen. Infolge der vorzeitigen Tilgungszahlungen der mittelfristigen Darlehen sind bis zum Ende des 3. Quartals 2008 weder für Loan A noch für Loan B Zahlungen zu leisten. Für die vorzeitigen Tilgungszahlungen wurde ein Teil der Erlöse der am 2. Juli 2007 begebenen vorrangigen Anleihe in Höhe von 500.000 US-\$ genutzt.

Die Gesellschaft verfügt über eine Darlehensfazilität in Höhe von 90.000 €, die Bestandteil der im Dezember 2006 mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) getroffenen Kreditvereinbarung ist. Diese Fazilität wurde am 01. Februar 2008 in voller Höhe ausgenutzt. Die Verbindlichkeiten sind in Euro denominiert. Sie haben einen anfänglichen Zinssatz von 4,35%. Die Verzinsung ist variabel und wird alle drei Monate angepasst. Zinszahlungen sind alle drei Monate zu leisten. Der Kredit ist am 01. Februar 2014 zurückzuzahlen.

9. Genussscheinähnliche Wertpapiere

Am 1. Februar 2008 zahlte die Gesellschaft die genussscheinähnlichen Wertpapiere (Trust Preferred Securities) der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III in Höhe von 450.000 US-\$ und 153.388 € planmäßig zurück. Für die Rückzahlung wurden im Wesentlichen bestehende Kreditfazilitäten in Anspruch genommen.

10. Vorauszahlung auf Kapitalerhöhung

Im 1. Quartal 2008 wurden 157.701 Aktienoptionen für Stammaktien und 9.066 Aktienoptionen für Vorzugsaktien ausgeübt, für die die entsprechenden Stammaktien bzw. Vorzugsaktien noch nicht ausgegeben wurden. Die Zuflüsse der Gesellschaft aus der Ausübung dieser Aktienoptionen beliefen sich auf 3,471 € bzw. 154 €. Der Nominalwert der noch auszugebenden Aktien, die als Einlage zur Kapitalerhöhung im Eigenkapital ausgewiesen wurden, beträgt für Stammaktien 151 € und für Vorzugsaktien 9 €. Die verbleibenden 3,465 € sind als

Kapitalrücklage im Eigenkapital erfasst worden, wobei 3,320 US-\$ der Kapitalrücklage auf Stammaktien und die restlichen 145 € auf Vorzugsaktien entfallen.

11. Zusätzliche Informationen zum Kapitalmanagement

Der Gesellschaft verfügt über ein solides Finanzprofil. Zum 31. März 2008 betrug die Eigenkapitelquote 41%, und das Verhältnis der Finanzverbindlichkeiten zur Bilanzsumme belief sich auf 39%. Der Verschuldungsgrad betrug 2,8. Zu Zielen des Kapitalmanagements und weiteren Informationen wird auf den gemäß § 315a HGB nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 verwiesen.

Die FMC-AG & Co-KGaA wird von den beiden führenden Rating-Agenturen Moody's und Standard&Poor's bewertet. Standard&Poor's erhöhte am 19. März 2008 das Rating der vorrangigen Finanzverbindlichkeiten von BB auf BB+. Moody's erhöhte am 20. Mai 2008 das Unternehmensrating von Ba2 auf Ba1.

12. Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen

Die Gesellschaft verfügt zurzeit im Wesentlichen über zwei Pensionspläne, einen für deutsche Mitarbeiter und den anderen für Mitarbeiter in den USA, der gekürzt wurde. Die Pensionszahlungen hängen generell von der Anzahl der Dienstjahre und dem Gehalt des Mitarbeiters bei Eintritt des Versorgungsfalls ab. Wie in Deutschland üblich, sind die Pensionszusagen der Gesellschaft Direktzusagen. Für den deutschen Pensionsplan besteht kein gesonderter Pensionsfonds. Jedes Jahr führt Fresenius Medical Care Holdings, Inc., („FMCH“), eine Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA, dem Pensionsplan für die Mitarbeiter in den USA mindestens den Betrag zu, der sich aufgrund gesetzlicher Vorschriften (Employee Retirement Income Security Act of 1974 in seiner ergänzten Form) ergibt. Im Jahr 2008 sehen die gesetzlichen Vorschriften keine Mindestzuführung für den leistungsorientierten Pensionsplan vor. Im 1. Quartal 2008 wurden freiwillige Zuführungen in Höhe von 152 € getätigt. Für das verbleibende Geschäftsjahr 2008 erwartet die Gesellschaft weitere freiwillige Zuführungen in Höhe von 579 €. Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des Pensionsaufwandes für das 1. Quartal 2008 und 2007.

Bestandteile des Pensionsaufwands

in Tsd. €	1. Januar bis 31. März	
	2008	2007
Laufender Dienstzeitaufwand	1.409	1.626
Zinsaufwand	3.394	3.484
Erwartete Erträge des Planvermögens	(2.829)	(3.121)
Tilgung von versicherungsmathematischen Verlusten, netto	1	183
Pensionsaufwand	1.975	2.172

13. Rechtliche Verfahren

Rechtliche Verfahren

Die Gesellschaft ist regelmäßig in zahlreiche Klagen, Rechtsstreitigkeiten, behördliche und steuerbehördliche Prüfungen, Ermittlungen und sonstige Rechtsangelegenheiten involviert, die sich größtenteils aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Erbringung von Dienstleistungen und Lieferung von Produkten im Gesundheitswesen ergeben. Der genaue Ausgang von Rechtsstreitigkeiten und anderen Rechtsangelegenheiten kann stets nur schwer vorhergesagt werden und es können sich Resultate ergeben, die nicht in Einklang mit der Auffassung von der Gesellschaft hinsichtlich der Sachlage stehen. Die Gesellschaft ist überzeugt, stichhaltige Einwände gegen die gegen sie anhängigen Rechtsangelegenheiten inne zu haben und verteidigt sich vehement. Dennoch ist es möglich, dass die Entscheidung einer oder mehrerer, derzeit anhängiger oder drohender rechtlicher Angelegenheiten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Zivilrechtsstreitigkeiten

Die Gesellschaft wurde ursprünglich als Ergebnis einer Reihe von Transaktionen in Übereinstimmung mit der Fusionsvereinbarung und dem Reorganisationsplan vom 4. Februar 1996 zwischen W.R.Grace&Co. und Fresenius SE (vormals: Fresenius AG) gegründet (der Zusammenschluss). Zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses hatte und hat noch heute eine Tochtergesellschaft der W.R.Grace&Co., die W.R.Grace&Co.-Conn., erhebliche Verbindlichkeiten aus Rechtsverfahren im Zusammenhang mit Produzentenhaftung (einschließlich Asbestansprüchen), Steuerverbindlichkeiten für die Zeit vor dem Zusammenschluss und weitere Verbindlichkeiten, die nicht mit der National Medical Care, Inc. (NMC) in Verbindung stehen, welche vor dem Zusammenschluss das Dialysegeschäft von W.R.Grace&Co. betrieb. Im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss hatte sich W.R.Grace&Co.-Conn. verpflichtet, Fresenius Medical Care, Fresenius Medical Care Holdings, Inc. (FMCH) und NMC von allen Verpflichtungen der W.R.Grace&Co. freizustellen, die sich auf Ereignisse vor oder nach dem Zusammenschluss beziehen mit Ausnahme von Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der NMC stehen. Am 2. April 2001 beantragten W.R.Grace&Co. und einige ihrer Tochtergesellschaften die Reorganisation nach „Chapter 11“ des US-amerikanischen Konkursrechts (das Grace Chapter 11-Insolvenzverfahren).

Vor und nach Beginn des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens wurde gegen W.R.Grace&Co. und FMCH Klage erhoben, sowohl von Klägern, die sich als Gläubiger von W.R.Grace&Co.-Conn. ausgeben, als auch von Asbest-Gläubigerausschüssen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens. Dabei wird im Wesentlichen behauptet, dass der Zusammenschluss eine betrügerische Übertragung gewesen sei, gegen das Gesetz gegen betrügerische Transfers verstoße und eine Verschwörung darstelle. Alle Verfahren dieser Art wurden entweder zunächst ausgesetzt, an das US-Bezirksgericht überwiesen oder liegen beim US-Konkursgericht als Teil des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens.

Im Jahr 2003 hat die Gesellschaft eine Vereinbarung in Bezug auf die im Rahmen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens anhängigen Angelegenheiten geschlossen. Die Vereinbarung regelt alle Ansprüche gegen die Gesellschaft im Hinblick auf den Vorwurf der betrügerischen

Übertragung sowie steuerliche und andere Ansprüche gegen die Gesellschaft. Gemäß den ergänzten Regelungen der Vergleichsvereinbarung werden die Behauptung der betrügerischen Übertragung und andere von den Asbestklägern erhobene Behauptungen öffentlich fallen gelassen, und die Gesellschaft wird Schutz vor allen vorhandenen und allen potenziellen künftigen Ansprüchen im Zusammenhang mit W.R.Grace&Co. erhalten, einschließlich solcher aus betrügerischer Übertragung und aus Asbestansprüchen sowie Freistellungen von Einkommensteuerforderungen, die sich auf die bei der Bestätigung des W.R.Grace&Co. Reorganisations- und Sanierungsplans nicht zur NMC gehörenden Mitglieder der steuerlichen Organshaft W.R.Grace&Co. beziehen. Nachdem der W.R.Grace&Co. Reorganisations- und Sanierungsplan bestätigt worden ist, wird Fresenius Medical Care gemäß der Vergleichsvereinbarung insgesamt 115 Mio US-\$ ohne Zinsen an die W.R.Grace&Co.-Konkursmasse bzw. an eine andere vom Gericht festgelegte Stelle zahlen. Es sind keine Schuldanerkenntnisse gemacht worden und es werden keine gemacht werden. Die Vergleichsvereinbarung wurde vom US-Konkursgericht genehmigt. Nach dem Zusammenschluss war W.R.Grace&Co. in einer mehrstufigen Transaktion im Zusammenhang mit der Sealed Air Corporation (Sealed Air, früher bekannt als W.R.Grace Holdings, Inc.) involviert. Fresenius Medical Care befindet sich in einem Rechtsstreit mit Sealed Air, um ihren Anspruch auf Entschädigung durch Sealed Air für alle Verluste und Aufwendungen von der Gesellschaft in Verbindung mit Steuerverbindlichkeiten vor dem Zusammenschluss und im Zusammenhang mit anderen Ansprüchen aus dem Zusammenschluss geltend zu machen. Gemäß der Vergleichsvereinbarung wird dieser Rechtsstreit bei Bestätigung eines Plans, der den Bedingungen der Zahlungsverpflichtungen von der Gesellschaft in Verbindung mit dem Rechtsstreit gerecht wird, öffentlich fallen gelassen.

Im April 2008 hat W.R. Grace & Co. bekannt gegeben, dass im Rahmen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens den Asbest-Gläubigerausschüssen und den Ausschüssen der Anteilseigner eine grundsätzliche Einigung zur Regulierung sämtlicher gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche asbestbedingter Personenschäden erzielt habe. Diese grundsätzliche Einigung und der damit in Zusammenhang stehende Reorganisations- und Sanierungsplan der W.R.Grace&Co. stehen unter dem Vorbehalt weiterer Bedingungen wie der Klärung von Ansprüchen weiterer Gläubiger und der Zustimmung durch das Konkursgericht und das Bezirksgericht.

Am 4. April 2003 hat FMCH eine Feststellungsklage (Fresenius USA, Inc., et al., v. Baxter International, Inc., et al.) mit der Geschäftsnr. C 03-1431 beim US-Bundesbezirksgericht für Nordkalifornien eingereicht, mit der gerichtlich festgestellt werden soll, dass FMCH keine Patente der Firma Baxter International, Inc., ihrer Tochtergesellschaften oder ihrer verbundenen Unternehmen (Baxter) verletzt, dass die Patente ungültig sind und dass Baxter kein Recht und keine Befugnis hat, FMCH wegen der angeblichen Verletzung von Patenten der Firma Baxter eine Klage anzudrohen oder einen Prozess gegen FMCH zu führen. Allgemein betreffen die angeblichen Patente die Verwendung von Touchscreen-Schnittstellen für Hämodialysegeräte. Baxter hat Widerklage gegen FMCH auf Schadensersatz in Höhe von über 140 Mio US-\$ und auf Erlass einer einstweiligen Verfügung erhoben und behauptet, dass FMCH vorsätzlich die Baxter-Patente verletzte. Am 17. Juli 2006 hatte das Gericht der Klage von FMCH durch Geschworenenurteil stattgegeben und festgestellt, dass die fraglichen Baxter-Patente ungültig sind. Am 13. Februar 2007 hat das Gericht dem Antrag von Baxter, das zugunsten von FMCH ergangene Urteil aufzuheben, stattgegeben, die Patente wieder in Kraft gesetzt und deren Verletzung festgestellt. In Folge einer Wiederaufnahme des Verfahrens im Hinblick auf Schadensersatz hat das Gericht am 6. November 2007 Baxter durch Geschworenenurteil 14,3 Mio US-\$ zuerkannt. Am 4. April 2008 hat das Gericht Baxters Antrag auf ein neues Verfahren

abgelehnt. Für den seit dem 7. November 2007 fortgesetzten Verkauf der FMCH-Hämodialysegeräte 2008K setzte das Gericht die Zahlung einer Lizenzgebühr an Baxter in Höhe von 10% des Verkaufspreises sowie für zugehörige Einwegartikel, Ersatzteile und Wartung in Höhe von 7% des Verkaufspreises fest, und untersagte den Verkauf des Geräts 2008K ab dem 1. Januar 2009. Die Gesellschaft hat gegen die Entscheidung des Gerichts bei dem Bundesberufungsgericht Rechtsmittel eingelegt. Die Gesellschaft ist hinsichtlich der Durchsetzbarkeit des Rechtsmittels zuversichtlich und hat für in diesem Zusammenhang gegebenenfalls entstehende Verpflichtungen keine Rückstellung gebildet. Sollten sämtliche Rechtsmittel der Gesellschaft, inklusive jeglicher gegen die Lizenzzahlungen eingelegter Rechtsmittel, nicht erfolgreich sein, so wären die gemäß gerichtlicher Verfügung hinsichtlich der Geräte und der Lieferung von Einwegartikeln an Baxter zu bezahlenden Lizenzgebühren auf einen monatlichen Betrag in Höhe von etwa zwei bis vier Millionen US-\$ zu beziffern. Ungeachtet des Ausgangs des Verfahrens fährt die Gesellschaft fort, an dem Gerät 2008K konstruktive Veränderungen vorzunehmen, die nach der Einschätzung von der Gesellschaft den Umfang der Ansprüche aus Lizenzzahlungen beschränken würden. Ferner geht Fresenius Medical Care davon aus, dass mit diesen Veränderungen auch die Zulässigkeit des Weiterverkaufs des modifizierten Geräts 2008K nach dem 1. Januar 2009, dem Datum des Inkrafttretens der Untersagung, erreicht werden wird.

Die australische Tochtergesellschaft der Gesellschaft, die Fresenius Medical Care Australia Pty Limited (Fresenius Medical Care Australien), und Gambro Pty Limited sowie Gambro AB (zusammen: Gambro-Gruppe) befinden sich in einem Rechtsstreit hinsichtlich Verletzungen und Schädigungen des Gambro AB Patents, welches das geistige Eigentum an einem System zur Herstellung von Dialyse- bzw. Ersatzflüssigkeit, dem Gambro Bicart Gerät, in Australien schützt (Gambro-Patent). Als Folge der Vermarktung eines Systems zur Herstellung von Dialyseflüssigkeit basierend auf dem Fresenius Medical Care Bibag-System in Australien haben die australischen Gerichte den Schluss gezogen, dass Fresenius Medical Care Australien das Gambro-Patent verletzt habe. Die Parteien befinden sich weiterhin in rechtlichen Auseinandersetzungen darüber, welche möglichen Schäden durch eine Patentrechtsverletzung entstanden sein könnten. Da der Patentrechtsstreit ausschließlich unter der australischen Gerichtsbarkeit geführt wird, sind mögliche von Fresenius Medical Care Australien zu übernehmende Schadensersatzzahlungen auf mögliche Schäden, die die Gambro-Gruppe durch die Patentrechtsverletzung in Australien erlitten hat, begrenzt.

Sonstige Rechtsstreitigkeiten und potenzielle Risiken

RCG wurde als Beklagte in einer zum zweiten Mal erweiterten Klage, die am 13. September 2006 beim Chancery Court für den Bundesstaat Tennessee, Zwanzigster Gerichtsbezirk in Nashville gegen frühere Führungskräfte und Direktoren von RCG eingereicht wurde, benannt. Bei der Klage handelte es sich um eine Gruppenklage und Aktionärsklage wegen angeblicher unrechtmäßiger Handlungen und Verletzungen von Treuepflichten im Zusammenhang mit der Akquisition von RCG und einer vermeintlich nicht korrekten Rückdatierung und/oder Terminierung bei der Gewährung von Aktienoptionen. Die erweiterte Klage hatte die Bezeichnung Indiana State District Council of Laborers and Hod Carriers Rentenfonds, in seinem Namen und im Namen aller, die sich in der gleichen Lage befinden, und in Prozessstandschaft für RCG, Kläger, vs. RCG, Streitgenosse ohne Prozessinteresse und Gary Brukart, William P. Johnston, Harry R. Jacobson, Joseph C. Hutts, William V. Lapham, Thomas A. Lowery, Stephen D. McMurray, Peter J. Grua, C. Thomas Smith, Ronald Hinds, Raymond Hakim, und R. Dirk Allison, Beklagte. Mit der Klage wurden Schadensersatzansprüche gegen frühere Führungskräfte und Direktoren geltend gemacht. Mit ihr wurde kein

Schadensersatzanspruch gegen RCG direkt verfolgt. Am 30. August 2007 wurde die Klage ohne Erweiterungsmöglichkeit abgewiesen. Der Kläger legte daraufhin Berufung ein, und der Sachverhalt ist bei dem Berufungsgericht von Tennessee anhängig.

Im Oktober 2004 haben FMCH und ihre Tochtergesellschaften, einschließlich RCG (vor der Akquisition von RCG), Vorladungen der US-Justizbehörden des Eastern District of New York erhalten. Im Rahmen dieser Vorladungen werden von diesen Gesellschaften umfangreiche Unterlagen zu den geschäftlichen Tätigkeiten von FMCH und RCG angefordert. Von besonderem Interesse sind hierbei Unterlagen zu einem bestimmten Hormontest (Parathyroid Hormone – PTH) und zu Vitamin D-Therapien für Dialysepatienten. Die Gesellschaft arbeitet mit den Justizbehörden zusammen, um deren Verlangen nach Informationen nachzukommen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sie sämtlichen Auskunftersuchen der staatlichen Prüfer in dieser Angelegenheit nachgekommen ist und dass beim Einsatz von PTH-Tests und Vitamin D-Behandlungen im Einklang mit den einschlägigen Gesetzen gehandelt wurde.

FMCH und ihre Tochtergesellschaften, einschließlich RCG (vor der Akquisition von RCG), haben eine Vorladung der US-Justizbehörden mit Sitz in St. Louis (Missouri), die im Zusammenhang mit zivil- und strafrechtlichen Voruntersuchungen stehen, erhalten. FMCH erhielt die Vorladung im April 2005, und RCG erhielt die Vorladung im August 2005. Mit der Vorladung werden Geschäftsunterlagen im Hinblick auf FMCH's und RCG's klinische Qualitätsprogramme, Aktivitäten zur Geschäftsentwicklung, Vergütungen für Klinikleiter und Beziehungen zu Ärzten, Joint Ventures, Anämie-Behandlungstherapien, RCG's Lieferunternehmen, pharmazeutische und sonstige Dienstleistungen, die RCG gegenüber Patienten erbracht hat, RCG's Beziehungen zu Unternehmen der pharmazeutischen Industrie und RCG's Erwerb von Dialysegeräten von FMCH angefordert. Der Generalinspektor des amerikanischen Gesundheitsamtes sowie die Staatsanwaltschaft für das "Eastern District" von Texas haben bestätigt, dass sie sich an der Überprüfung des Anämiemanagement-Programms, welche durch die amerikanische Staatsanwaltschaft für das „Eastern District“ von Missouri durchgeführt wird, beteiligen. Am 17. Juli 2007 hat die US-Staatsanwaltschaft eine Zivilklage gegen RCG und FMCH in ihrer Eigenschaft als aktuelle Muttergesellschaft von RCG vor dem United States Bezirksgericht für das „Eastern District“ von Missouri erhoben. Mit der Klage werden Schadensersatzansprüche und Strafmaßnahmen im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der Method II Zulieferungsgesellschaft von RCG im Jahr 2005 vor dem Erwerb von RCG durch FMCH geltend gemacht. Die Klage läuft unter United States of America ex. Rel. Julie Williams et al. Vs. Renal Care Group, Renal Care Group Supply Company und FMCH. Fresenius Medical Care ist der Ansicht, dass RCG die Leitung der Method II Zulieferungsgesellschaft im Einklang mit geltendem Recht durchgeführt hat und wird diese Position bei den Rechtsstreitigkeiten vertreten. Die Gesellschaft wird weiterhin bei den laufenden Ermittlungen kooperieren.

Im Mai 2006 hat RCG eine Vorladung vom US-amerikanischen Justizministerium, Southern District of New York, erhalten. Diese hat die Untersuchung der Abwicklung der Aktienoptionsprogramme von RCG, einschließlich des Vorgehens bei der Berechnung des Ausübungspreises für die einzelnen Tranchen, zum Gegenstand. Die Vorladung forderte die Erstellung von umfangreichen Unterlagen in Bezug auf das Aktienoptionsprogramm von RCG vor der Akquisition von RCG. Die Gesellschaft ist überzeugt, dass sie sämtlichen Auskunftersuchen der staatlichen Prüfer in dieser Angelegenheit nachgekommen ist, und dass seitens der RCG die Ausgabe von Aktienoptionen im Einklang mit den einschlägigen Gesetzen erfolgte.

Im August 2007 hat der Sheet Metal Workers National Pensions Fund eine Klage vor dem Bezirksgericht von Kalifornien, westlicher Bezirk (Los Angeles), eingereicht, in der behauptet wird, dass Amgen, Inc., Fresenius Medical Care und Da Vita, Inc. Amgen's Produkte Epogen® und Aranesp® gegenüber Hämodialyse-Patienten für Anwendungen, die von der FDA nicht zugelassen sind, beworben haben. Dabei sollen gesetzliche Krankenkassen unnötige Verschreibungen für diese Produkte bezahlt haben. Es wurden Anträge eingereicht, die darauf gerichtet sind, dieses Verfahren mit anderen Verfahren, die sich allein gegen Amgen richten, zu einem einheitlichen Verfahren zusammenzulegen. Dies könnte unter Anwendung der Bundesvorschriften betreffend distriktübergreifende Rechtstreitigkeiten geschehen. FMCH beabsichtigt, sich gegen den Vorwurf vehement zu verteidigen. Am 20. Februar 2008 gab das Gericht dem Antrag der FMCH statt, die FMCH aus dem Verfahren zu entlassen, ließ jedoch zu, dass das Verfahren gegen Amgen und DaVita fortgeführt wird. Allerdings gewährte das Gericht dem Kläger auch eine Frist, innerhalb derer dieser eine abgeänderte Klage gegen FMCH einreichen kann.

Am 27. November 2007 hat das Bundesbezirksgericht für den westlichen Bezirk von Texas (El Paso) zwei Anzeigen, die zuvor versiegelt durch eine sogenannte qui tam-Anzeigeerstatlerin, eine frühere Angestellte einer dortigen Klinik der FMCH, eingereicht worden waren, entsiegelt und deren Zustellung zugelassen. (Qui tam bezieht sich auf eine Regelung des United States False Claims Act, die es Privatpersonen ermöglicht, im Namen der U.S. Bundesregierung Klagen einzureichen, soweit sie glauben, von mutmaßlichen betrügerischen Handlungen Dritter Kenntnis zu haben.) Im Rahmen des ersten Verfahrens wird behauptet, ein Nephrologe habe in seiner Praxis zum Zwecke der Behandlung von Patienten unrechtmäßigerweise einen Assistenten beschäftigt, der hierfür nicht approbiert gewesen sei. Abrechnungen des Nephrologen und der FMCH gegenüber Medicare hätten daher gegen das Gesetz betreffend unberechtigte Forderungen (False Claims Act) verstoßen. Im Rahmen des zweiten Verfahrens wird behauptet, FMCH habe sich gegenüber der Anzeigeerstatlerin unrechtmäßig verhalten, indem ihr Arbeitsverhältnis durch eine vom Arbeitgeber durch dessen Verhalten herbeigeführte arbeitnehmerseitige Kündigung beendet worden sei. Die Staatsanwaltschaft des „Western District of Texas“ hat es abgelehnt, sich in das Verfahren einzuschalten und den Vorgang im Namen der Vereinigten Staaten zu verfolgen. Der Prozessbevollmächtigte des Nephrologen hat erklärt, eine strafrechtliche Untersuchung der Behauptungen der Berichtserstatlerin dauere an und hat gegenüber dem Gericht beantragt, sämtliche Tätigkeiten im Rahmen des qui tam bis zum Abschluss der strafrechtlichen Untersuchungen auszusetzen. FMCH hat in dieser Angelegenheit keine weitere Mitteilung über die Anhängigkeit strafrechtlicher Untersuchungen erhalten. FMCH beabsichtigt, sich gegen die in den beiden Verfahren erhobenen Vorwürfe energisch zu verteidigen.

Die Gesellschaft hat es im normalen Geschäftsablauf häufig mit Rechtsstreitigkeiten und Schlichtungsverfahren zu tun. Die Unternehmensleitung prüft regelmäßig entsprechende Informationen sowie die Rechts- und Versicherungsdeckung der Gesellschaft und nimmt die erforderlichen Rückstellungen für möglicherweise aus solchen Verfahren resultierende Verbindlichkeiten vor.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt, wie die anderer Gesundheitsdienstleister, strengen staatlichen Regulierungen und Kontrollen. Die Gesellschaft muss Vorschriften und Auflagen einhalten, die sich auf die Sicherheit und Wirksamkeit medizinischer Produkte und Zulieferungen, auf den Betrieb von Produktionsanlagen, Labors und Dialysekliniken sowie auf den Umwelt- und Arbeitsschutz beziehen. Die Gesellschaft muss ebenfalls die US-Gesetze über das Verbot illegaler Provisionen, gegen betrügerische Zahlungsanforderungen an staatliche

Einrichtungen, das Stark Statut sowie andere US-Bundes- und Staatsgesetze gegen Betrug und Missbrauch einhalten. Die zu beachtenden Gesetze und Regulierungen können geändert werden, oder Kontrollbehörden oder Gerichte können die Vorschriften oder geschäftliche Tätigkeiten anders auslegen als die Gesellschaft. In den USA hat die Durchsetzung der Vorschriften für die amerikanische Bundesregierung und für einige Bundesstaaten eine hohe Priorität erlangt. Außerdem ermuntern die Bestimmungen des False Claims Act (betrügerische Zahlungsanforderungen), die dem Anzeigenden eine Beteiligung an den verhängten Bußgeldern zusichern, private Kläger, sogenannte „Whistleblower“-Aktionen einzuleiten. Angesichts dieses von Regulierungen geprägten Umfeldes und unter Berücksichtigung ihrer Vereinbarung zur Unternehmensintegrität („Corporate Integrity Agreement“) mit den US-Regierungsbehörden werden die geschäftlichen Aktivitäten und Praktiken der Gesellschaft auch in Zukunft Gegenstand intensiver Überprüfungen durch Regulierungsbehörden und Dritte sowie von Untersuchungsverlangen, Vorlagebeschlüssen, anderen Anfragen, Rechtsansprüchen und Gerichtsverfahren sein, die sich auf die Einhaltung der relevanten Gesetze und Regulierungen beziehen. Die Gesellschaft wird nicht in jedem Falle von vornherein wissen, dass Untersuchungen oder Aktionen gegen sie angelaufen sind; das gilt insbesondere für „Whistleblower“-Aktionen, die von den Gerichten zunächst vertraulich behandelt werden.

Die Gesellschaft betreibt eine große Anzahl und Vielfalt von Betriebsstätten in allen Teilen der USA. In einem derart dezentralisierten System ist es häufig schwierig, das wünschenswerte Maß an Aufsicht und Kontrolle über Tausende von Mitarbeitern sicherzustellen, die bei einer Vielzahl von Tochterunternehmen beschäftigt sind. Bei der Führung, dem Management und der Kontrolle dieser Mitarbeiter verlässt sich die Gesellschaft auf ihre Führungsstruktur, auf ihre Regelungskompetenz und juristischen Ressourcen sowie auf die effektive Umsetzung ihres Programms zur Einhaltung von Verhaltensregeln. Trotzdem kommt es gelegentlich vor, dass die Gesellschaft feststellen muss, dass Mitarbeiter absichtlich oder versehentlich unangemessene oder falsche Abrechnungen eingereicht haben. Das rechtswidrige Verhalten solcher Mitarbeiter kann dazu führen, dass gegenüber der Gesellschaft Haftungsansprüche u.a. nach dem Anti-Kickback Statut, dem Stark Statut und dem False Claims Act geltend gemacht werden.

Es werden zunehmend Prozesse gegen Ärzte, Krankenhäuser und andere Akteure des Gesundheitswesens wegen fachlicher Fahrlässigkeit, Behandlungsfehler, Produkthaftung, Mitarbeiterentschädigungs- und ähnlicher Ansprüche angestrengt, von denen viele zu hohen Schadensersatzforderungen und zu erheblichen Anwaltskosten führen. Gegen die Gesellschaft sind auf Grund der Art ihres Geschäfts solche Prozesse geführt worden und werden gegenwärtig geführt, und es ist damit zu rechnen, dass auch in Zukunft von Zeit zu Zeit solche Verfahren angestrengt werden. Obwohl die Gesellschaft in angemessenem Umfang versichert ist, kann sie nicht garantieren, dass die Obergrenzen des Versicherungsschutzes immer ausreichend sein werden oder dass alle geltend gemachten Ansprüche durch die Versicherungen abgedeckt sind. Ein erfolgreich durchgesetzter Schadensersatzanspruch gegen die Gesellschaft oder gegen irgendeine ihrer Tochtergesellschaften, der den Versicherungsschutz übersteigt, könnte eine wesentliche negative Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben. Jeder Schadensersatzanspruch, gleichgültig ob er berechtigt ist, kann das Ansehen und das Geschäft der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Gegen die Gesellschaft sind auch Schadensersatzansprüche erhoben und Gerichtsverfahren eingeleitet worden, die sich auf angebliche Patentrechtsverletzungen und von der Gesellschaft erworbene oder veräußerte Unternehmen beziehen. Diese Ansprüche und Verfahren können sich sowohl auf den Geschäftsbetrieb als auch auf das Akquisitions- oder Veräußerungsgeschäft

beziehen. Die Gesellschaft hat eigene Rechtsansprüche und Schadensersatzforderungen gestellt, wo dies angebracht war. Eine erfolgreiche Klage gegen die Gesellschaft oder eine ihrer Tochtergesellschaften könnte wesentliche ungünstige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben. Sämtliche Ansprüche, unabhängig von ihrem sachlichen Gehalt oder dem Ausgang eines möglichen Verfahrens, können wesentliche ungünstige Auswirkungen auf den Ruf und die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft haben.

Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten

Zum 31. Dezember 2001 hat die Gesellschaft eine Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten in Höhe von 258.159 US-\$ (vor Steuer) gebildet, die ihre Einschätzung der Ausgaben widerspiegelt, die im Zusammenhang mit der Verteidigung und Regelung von Steuerforderungen aus der Zeit vor dem Zusammenschluss, von Ansprüchen im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss sowie von Ansprüchen privater Versicherungen auftreten können. Die Aufwendungen aus der Vergleichsvereinbarung und den Vergleichen mit den Versicherungen wurden zu Lasten dieser Rückstellung gebucht. Mit Ausnahme der vorgeschlagenen Zahlung in Höhe von 115.000 US-\$ gemäß der Vergleichsvereinbarung sind alle in der Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten enthaltenen Sachverhalte beglichen. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass ihre verbleibenden Rückstellungen die geschätzten künftigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der fortgesetzten Verteidigung und Regelung dieser verbleibenden Angelegenheit angemessen widerspiegeln. Es kann aber keine Gewähr dafür gegeben werden, dass die tatsächlichen Kosten, die der Gesellschaft entstehen, den Rückstellungsbetrag nicht überschreiten werden.

14. Finanzinstrumente

Bewertung von Finanzinstrumenten

Marktwerte der Finanzinstrumente

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte sowie die Marktwerte der Finanzinstrumente des Konzerns zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 dargestellt:

Markt- und Buchwerte der Finanzinstrumente

in Tsd. €	2008	2008	2007	2007
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Flüssige Mittel	138.941	138.941	166.218	166.218
Zum Buchwert bilanzierte Vermögenswerte	1.434.268	1.434.268	1.444.529	1.444.529
Zum Buchwert bilanzierte Verbindlichkeiten	3.959.558	3.980.316	4.189.551	4.211.912
Derivate	(66.305)	(66.305)	-18.430	-18.430

Marktrisiko

Allgemeines

Aus der internationalen Geschäftstätigkeit in zahlreichen Währungen ergeben sich für die Gesellschaft Risiken aus Wechselkursschwankungen. Zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit emittiert die Gesellschaft Anleihen und genussscheinähnliche Wertpapiere und vereinbart mit Banken im Wesentlichen langfristige Darlehen und mittelfristige Schuldscheindarlehen. Daraus können sich für die Gesellschaft Zinsrisiken aus variabler Verzinsung und Kursrisiken für Bilanzpositionen aus fixer Verzinsung ergeben.

Zur Steuerung der Zins- und Währungsrisiken tritt die Gesellschaft im Rahmen der von der persönlich haftenden Gesellschafterin festgelegten Limits in bestimmte Sicherungsgeschäfte mit Banken einwandfreier Bonität ein. Die Gesellschaft verwendet Finanzinstrumente nicht für spekulative Zwecke.

Derivative Finanzinstrumente

Management des Währungsrisikos

Zur Sicherung der Transaktionsrisiken setzt die Gesellschaft Devisentermingeschäfte und in geringem Umfang Devisenoptionen ein. Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen werden ausschließlich zur Absicherung der Währungsrisiken eingesetzt. Zum 31. März 2008 waren keine Devisenoptionen im Bestand.

Zum 31. März 2008 betrug das Nominalvolumen aller Devisenkontrakte 405 Mio. €, der Marktwert dieser Kontrakte belief sich auf 9 Mio. €. Der Abschluss dieser Devisenkontrakte erfolgte zur Absicherung von Transaktionsrisiken aus dem operativen Geschäft und im Zusammenhang mit Konzerndarlehen in fremder Währung. Der überwiegende Teil der Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Transaktionsrisiken aus dem operativen Geschäft wurde als Cash Flow Hedge bilanziert.

Zum 31. März 2008 hatte die Gesellschaft Devisenkontrakte mit einer maximalen Laufzeit von 13 Monaten im Bestand.

Management des Zinsrisikos

Die Gesellschaft setzt Zinsswaps und in geringem Umfang Zinsoptionen ein, um sich durch den Tausch von variablen Zinsen in Festzinssätze gegen Zinsänderungsrisiken aus variabel verzinsten mittel- und langfristigen Krediten abzusichern. Des Weiteren verwendet die Gesellschaft Zinsswaps, um durch den Tausch von Festzinssätzen in variable Zinsverpflichtungen den Marktwert eines Teils des festverzinslichen Fremdkapitals zu sichern.

Die Gesellschaft nutzt als Cashflow Hedges klassifizierte US-Dollar Zinsswaps mit einem

Nominalvolumen von 2,950 Mio US-\$ bzw. 1,866 EUR und einem Marktwert von -120 Mio US-\$ bzw. -76 EUR.

Die zum 31. Dezember 2007 als Fair Value Hedges klassifizierten US-Dollar Zinsswaps mit einem Nominalwert von 450 Mio US-\$ im Bestand der Gesellschaft endeten am 1. Februar 2008 zeitgleich mit der Rückzahlung der entsprechenden Verbindlichkeiten. Zum 31. März 2008 befanden sich keine weiteren Fair Value Hedges im Bestand der Gesellschaft.

15. Segment-Berichterstattung

Die Gesellschaft hat gemäß IFRS 8 drei Geschäftssegmente identifiziert: Nordamerika, International und Asien-Pazifik. Sie ergeben sich aus der Art, wie die Gesellschaft ihre Geschäfte steuert. Alle Segmente sind im Wesentlichen tätig in den Bereichen Dialyседienstleistungen, Produktion und Vertrieb von Produkten und Ausrüstungen für die Behandlung von terminaler Niereninsuffizienz. In den USA führt die Gesellschaft zusätzlich klinische Labortests durch und bietet stationäre Dialysebehandlung sowie andere Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit Kliniken an. Die Gesellschaft hat die operativen Segmente International und Asien-Pazifik zum Segment „International“ zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erfolgte wegen der Ähnlichkeit der in den beiden Segmenten vorherrschenden wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ähnlichkeit bezieht sich u.a. auf die vertriebenen Produkte, auf die Art der Patientenstrukturen, auf die Vertriebsmethoden für Produkte und Dienstleistungen sowie auf das wirtschaftliche Umfeld.

Die Zielgrößen, an denen die Segmente vom Vorstand gemessen werden, sind so gewählt, dass diese alle Erträge und Aufwendungen beinhalten, die im Entscheidungsbereich der Segmente liegen. Der Vorstand ist davon überzeugt, dass der dafür am besten geeignete Maßstab das operative Ergebnis der Segmente ist, welches die Ertragskraft der Gesellschaft misst. Finanzierung ist eine zentrale Aufgabe, die nicht dem Einfluss der Segmente unterliegt, daher gehen Zinsaufwendungen für die Finanzierung nicht in die Zielgröße für ein Segment ein. Darüber hinaus werden die Kosten der Zentralbereiche, die im Wesentlichen Aufwendungen der Konzernzentrale in den Bereichen Rechnungswesen und Finanzen, Beratungsleistungen etc. beinhalten, nicht berücksichtigt, da es sich nach Ansicht der Gesellschaft um Kosten handelt, die nicht der Kontrolle der einzelnen Segmente unterliegen. Auch die Steueraufwendungen unterliegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht dem Einfluss der Segmente.

Der Vorstand der Gesellschaft steuert die jeweiligen Segmente anhand von Zielgrößen, die auf US-GAAP basieren. In der Segmentberichterstattung werden daher die Kennzahlen der einzelnen Segmente gemäß US-GAAP dargestellt. Mit den in der Spalte „IFRS-Überleitung“ dargestellten Bewertungsunterschieden wird dann von den Segmentdaten nach US-GAAP auf die Konzernwerte nach IFRS übergeleitet. Die Unterschiede zu den Kennzahlen nach IFRS resultieren im Wesentlichen aus der unterschiedlichen bilanziellen Behandlung von Erträgen und Aufwendungen aus Rückversicherungsverträgen, Gewinnen aus Sale and Leaseback-Transaktionen mit einer Operating-Lease Vereinbarung, Entwicklungskosten sowie von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten für Pensionen.

Segmentinformationen

in Tsd. €	Nordamerika	International	Segment Total	Konzern	US-GAAP	IFRS	IFRS
					Gesamt	Überleitung	Gesamt
1. Januar bis 31. März 2008							
Umsatzerlöse mit Dritten	1.112.436	563.039	1.675.474	125	1.675.600	4.340	1.679.940
Umsätze zwischen den Segmenten	-	12.969	12.969	(12.969)	-	-	-
Umsatzerlöse	1.112.436	576.008	1.688.443	(12.844)	1.675.600	4.340	1.679.940
Abschreibungen	(36.989)	(26.788)	(63.777)	(683)	(64.460)	(569)	(65.029)
Operatives Ergebnis	181.889	95.560	277.449	(18.162)	259.287	2.430	261.717
Aktiva der Segmente	6.759.601	2.308.235	9.067.836	160.923	9.228.759	24.546	9.253.305
Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen (1)	110.732	43.227	153.960	77	154.037	2	154.039
1. Januar bis 31. März 2007							
Umsatzerlöse mit Dritten	1.248.720	521.973	1.770.693	-	1.770.693	(320)	1.770.373
Umsätze zwischen den Segmenten	329	15.670	15.999	(15.999)	-	-	-
Umsatzerlöse	1.249.049	537.643	1.786.692	(15.999)	1.770.693	(320)	1.770.373
Abschreibungen	(40.474)	(23.934)	(64.408)	(381)	(64.789)	(577)	(65.366)
Operatives Ergebnis	197.199	92.001	289.200	(10.938)	278.262	4.105	282.367
Aktiva der Segmente	7.739.718	2.143.570	9.883.288	65.982	9.949.270	15.104	9.964.375
Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen (2)	93.109	64.406	157.515	33	157.548	193	157.740

(1) In den Akquisitionen des Segments International sind nicht-zahlungswirksame Akquisitionen von 2.953 € nicht enthalten.

(2) In den Akquisitionen des Segments International sind nicht-zahlungswirksame Akquisitionen von 2.812 € nicht enthalten.

16. Zusätzliche Informationen zur Kapitalflussrechnung

Die folgende Übersicht liefert zusätzliche Informationen in Bezug auf die Konzern-Kapitalflussrechnungen:

Zusätzliche Angaben zum Cash Flow

in Tsd. €	1. Januar bis 31. März	
	2008	2007
Zusätzliche Angaben zum Cash Flow		
Zinszahlungen	66.546	87.503
Zahlungen für Ertragsteuern	59.530	30.559
Mittelzufluss aus der Ausübung von Aktienoptionen	724	413
Zusätzliche Offenlegung von Cash Flow Informationen		
Zusätzliche Informationen zu Akquisitionen:		
Ausgaben für erworbene Vermögensgegenstände	(50.493)	(120.209)
Übernommene Verbindlichkeiten	2.552	30.610
Minderheiten	(2.187)	9.477
Als Teil des Kaufpreises über- bzw. aufgenommene Schulden	2.952	2.812
Barzahlungen	(47.176)	(77.310)
Abzüglich erworbene Barmittel	373	8.693
Nettoauszahlungen für Akquisitionen	(46.803)	(68.617)

17. Nachtragsbericht

Nach Schluss des 1. Quartals 2008 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die die ausgewiesenen Kennzahlen und Geschäftsergebnisse in irgendeiner Form nennenswert beeinflussen.

Corporate Governance

Die persönlich haftende Gesellschafterin vertreten durch den Vorstand der Fresenius Medical Care Management AG und der Aufsichtsrat der FMC-AG & Co. KGaA haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Entsprechenserklärung gemäß der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 14. Juni 2007 abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Prüferische Durchsicht

Der Konzernabschluss und der Zwischenlagebericht zum 31. März 2008 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer unterzogen.

Kontakte und Kalender

Kontakt

Fresenius Medical Care
61346 Bad Homburg
Tel. +49 6172 609 0
www.fmc-ag.de

Oliver Maier
Leiter Investor Relations &
Corporate Communications

Tel. +49 6172 609 2525
Fax +49 6172 609 2301
E-Mail: ir@fmc-ag.de

Nordamerika

Terry L. Morris

Tel. +1 800 948 2538
Fax +1 615 345 5605
E-Mail: ir@fmc-ag.de

Kalender 2008

Veröffentlichung zum 2. Quartal 2008

30. Juli 2008

Veröffentlichung zum 3. Quartal 2008

4. November 2008

Änderungen vorbehalten.